



**Bezugs- Bedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post  
monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzzährig . . . 192.—  
Abstellung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einlieferung der  
Retourmarken.  
Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich 1922.

### Deutschlands Krise — unsere Krise.

Während sich in den Vereinigten Staaten, in England und Frankreich die ersten Anzeichen einer besseren wirtschaftlichen Konjunktur bemerkbar machen, in den Vereinigten Staaten die Löhne wieder eine aufsteigende Tendenz nehmen, in den Westländern die Zahl der Arbeitslosen zu sinken beginnt, wütet bei uns noch immer mit unerminderter Stärke eine der größten wirtschaftlichen Krisen, die dieses Land seit dem Bestehen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung heimgesucht hat. Jede Welle der guten Konjunktur, die aus dem westlichen Europa nach deren Mitte und dem Osten hinüberschlagen könnte, bricht sich an dem schier unübersteigbaren Damm, der ihr gesetzt ist: dem Zerfall der Währungen der besiegten Staaten. Insbesondere ist es die deutsche Mark, die in den letzten Wochen mit unheimlicher Geschwindigkeit auf der schiefen Ebene der Entwertung hinuntertaucht. Aber nicht nur die besiegten Staaten leiden durch den Verfall ihrer Währungen, sondern auch ihre Nachbarstaaten, was am besten das Beispiel der Tschechoslowakei lehrt. Daß die deutsche Mark oder die österreichische Krone weniger wert ist als die tschechoslowakische Krone, würde die Konkurrenzfähigkeit der tschechoslowakischen Industrie noch nicht untergraben, denn der niedere Wert der Mark bedingt, daß die sachlichen und persönlichen Produktionskosten in Deutschland in den Ziffern seiner Währung eben höher sind. Das katastrophale jedoch ist der beständige rapide Wertverlust der Währung Deutschlands, da die Löhne nicht so rasch erhöht werden, als es dem Sinken der Mark entspricht, und daß ebenso die Tarife und sonstigen Produktionskosten nicht so rasch ansteigen.

Der Unterschied im Wert der Währungseinheit zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei ist vergrößert worden nicht nur durch das augenblickliche rasche Sinken der Mark gegenüber den Währungen aller anderen Staaten, sondern durch das gleichzeitige Ansteigen der tschechoslowakischen Krone gegenüber den anderen Währungseinheiten. Zu Beginn dieses Jahres bekam man für eine Krone etwa drei Mark. Am Ende des ersten Halbjahres 1922 schon das Doppelte, nämlich sechs Mark, im Sommer ging dann der Entwertungsprozess der Mark besonders rasch fort. Anfang Oktober bekam man für eine Krone 50 Mark, Ende Oktober fast 150 Mark und gestern mehr als 200 Mark. In Zürich ist die Mark von Anfang Oktober bis in die letzten Tage von 0,33 auf 0,09 gesunken. Die Folge davon ist ein gewaltiges Ansteigen der Preise in Deutschland. Im Großhandel ist alles etwa 950mal so teuer, wie vor dem Kriege, im Kleinhandel wohl 1000mal. Den Arbeitern zerrinnt der Lohn in den Händen. Es gibt Tarifverträge, die nur auf eine Woche vereinbart sind. Die Gewerkschaften können in den Verhandlungen gar nicht nachkommen, kaum sind schwierige Unterhandlungen beendet, hat der Entwertungsprozess der Mark alle Verhandlungsergebnisse über den Haufen geworfen. Der Konsum ist fürchterlich gedrosselt, in einzelnen Städten ist der Fleischverbrauch nur ein Drittel dessen, was vor dem Kriege konsumiert wurde. Berlin verbraucht nur die Hälfte Milch, die es 1914 verbraucht hat, in den großindustriellen Zentren sind nach ärztlichen Untersuchungen 90 Prozent der Kinder unterernährt. So ist über das deutsche Volk, das um seiner Kultur, um seiner Organisationskunst, um seiner Arbeit willen in der Welt bewundert wurde, eine Katastrophe gekommen, die die Massen der deutschen Bevölkerung, alles, was nicht zu den Kreisen der Schieber und Devisenhamster gehört, mit moralischem und physischem Untergang bedroht.

Daß die Ursache dieser ganzen unheilvollen Entwicklung in den Reparationen zu suchen ist, welche die Sieger von Deutschland verlangen, sehen wohl die alliierten Staaten selbst ein und darum ist die Reparationskommission nach Berlin gekommen, um an Ort und Stelle die deutschen Verhältnisse zu studieren.

## Sachsen bleibt unser.

**Das Ergebnis der Landtagswahlen: 1 Million sozialdemokratische Stimmen. — Die Linke hat einen Sitz gewonnen, die Rechte einen verloren. — 40 sozialdemokratische, 10 kommunistische, 46 bürgerliche Mandate. — Die vereinigte Sozialdemokratie übernimmt als stärkste Partei die Regierungsbildung.**

Berlin, 5. November. (Eigenbericht.) Das Ergebnis der Wahlen in Sachsen wird an der Zusammensetzung des Landtages nicht viel ändern. Der Ansturm der bürgerlichen Parteien auf die Arbeiterschaft ist abgeklungen worden, die Rechte ist um einen Sitz geschwächt, die Linke hat einen Sitz, der den Kommunisten zufällt, gewonnen. Die Sozialdemokraten erhalten 40 Sitze, die Kommunisten 10 (9), die bürgerlichen 46 (47) Sitze. Im ganzen Lande haben Stimmen erhalten:

Vereinigte sozialdemokratische Partei 1.058.100 (gegen 873.696 bei den vorhergehenden Wahlen),

Kommunisten 365.730 (177.388),  
sämtliche bürgerlichen Parteien 1.210.702 (1.025.638).

Die stärkere Wahlbeteiligung (82 statt 63 Prozent) ist mit Ausnahme des Zentrums allen Parteien zugute gekommen. Die sozialdemokratische Partei hat den Wahlkampf — den ersten seit der Vereinigung — glänzend bestanden und trotz der geschäftigen Kampfwiese der Gegner von rechts und links eine vermehrte Stimmenzahl erzielt. Die Kommunisten hatten große Hoffnungen auf die Wahlen gesetzt, aber trotzdem sie einigen Zugang von solchen Kreisen der U.S.P. erhielten, die der Vereinigung ferngeblieben sind, und obwohl die furchtbare wirtschaftliche Lage ihnen Gelegenheit gibt, auf die niedrigen Instinkte der Massen zu wirken, sind sie in der Minderheit geblieben.

Auch in dem neuen Landtag wird die sozialdemokratische Partei die weit aus stärkste Partei sein und wird die Regierungsbildung übernehmen. Es wird sich zeigen, ob die Kommunisten sachliche Arbeit leisten wollen oder ob sie aus parteigegensätzlichen Gründen die Durchführung einer sozialistischen Politik verhindern werden. „Auf jeden Fall“, so schreibt der „Borowärts“, „wird die sozialdemokratische Partei, gestützt auf das Vertrauen von weit über eine Million Arbeitern, ihren Kampf auf sozialem Gebiete und um die Demokratisierung mit neuer Kraft aufnehmen und erfolgreich zu Ende führen.“

## Erweiterung der Kleinen Entente?

**Beitritt Bulgariens und Griechenlands. — Ein Balkanbund?**

Belgrad, 6. November. (Tsch. P. B.) Gestern abends ist der griechische Minister des Äußeren Politis hier angekommen. Er äußerte sich in einem Gespräch mit einem Redakteur der „Politika“ u. a. dahin, daß die auf der Konferenz von Rudania beschlossenen territorialen Veränderungen am Balkan eine Friedensgefahr nicht nur für den Balkan, sondern für ganz Europa bilden. Die Schaffung eines neuen Balkanbundes zwischen Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und Bulgarien sei nur dann möglich, wenn Bulgarien seine Haltung vom Jahre 1914 vollkommen ändern würde. Bezüglich des Beitrittes Griechenlands zur

Kleinen Entente erklärte Politis, diese Idee sei in Griechenland nach der Entfernung Konstantins neuerdings, u. zw. mit vollem Erfolge erörtert worden. Politiker aller Parteien wünschten, daß ihr Vaterland in die innigsten Beziehungen mit Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei trete. Heute begannen im Ministerpräsidium die Konferenzen zwischen Pasis, Rincic und Politis. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die Frage des Beitrittes Griechenlands zur Kleinen Entente bei dieser Gelegenheit verhandelt werden wird.

Sie hat von der deutschen Regierung Vorschläge verlangt, wie der Entwertung der Mark gesteuert werden könnte, aber die Regierung Wirth hat mit dem konkreten Vorschläge lange gezögert. In der Regierung kämpfen zwei Richtungen miteinander. Die eine, geführt vom sozialdemokratischen Reichswirtschaftsminister Schmidt, verlangt eine aktive Währungs- politik, wobei insbesondere die besitzenden Klassen heranzuziehen wären, die andere, verfürpft im Reichsfinanzminister Herms, sucht sich von jedem Opfer, das die Besitzenden bringen müßten, zu drücken. Auch die deutschen Gewerkschaften, die seit dem Ende des Krieges in den schwersten Tagen der deutschen Republik mit starker Hand in das Schicksal des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterschaft eingegriffen haben, sind mit einem Programm hervorgetreten, in dem sie eine bessere Steuerreform der vermögenden Schichten und schärfere Devisenkontrolle verlangen. Selbst die unabhängige bürgerliche Presse Deutschlands, wie die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“, erklären, daß man diesmal nicht nur von dem Arbeiter überstunden zugunsten des Reiches verlangen dürfe, sondern daß auch die Kapitalistenklasse einen Teil ihrer Profite dem notleidenden Reiche überlassen müsse.

Während auf der ganzen Welt, auch in den Ländern der Sieger die Stimmen sich mehren, welche eine Verminderung der deutschen Reparationslasten verlangen, suchen hierzulande die Blätter der Koalitionsparteien nachzuweisen, daß Deutschland zahlen könne, wenn es nur wolle. Das offizielle Preßbüro verbreitet seine Berichte im deutschfeindlichen Sinne, die „Prager Presse“ läßt sich von ihrem Genfer Berichterstatter diesen Standpunkt bestätigen und sogar das „Pravo Lidu“ veröffentlicht Schilderungen aus dem zerstörten Gebiet Nordfrankreichs, um zum Schlusse seinen Lesern die Berechtigung der französischen Reparationsansprüche darzulegen. Dies alles, trotzdem bei uns die Armee der Arbeitslosen wächst, die Industrie stillsteht, Sommer und Glend sich ausbreiten und ein grauer Winter vor der Tür steht. Ueber die Krise berät eine Enquete nach der andern, die Regierung erläßt Aufrufe, die Minister lassen sich interbidieren, aber niemand aus den Reihen der Regierungskoalition fällt es ein, zu sagen, daß wir die Wirtschaftskrise nicht überwinden können, solange der Wertverfall der Mark anhält, solange unsere Industrie konkurrenzunfähig ist, was nicht nur bedingt, daß wir auf dem Weltmarkt der deutschen Konkurrenz weichen müssen, sondern daß auch der

### Rom als Beute.

(Von unserem italienischen Korrespondenten.)  
Die Faschisten haben ihren Plan, sich auf Rom zu werfen wie der Raubvogel auf seine Beute („cul-ro su Roma“), verwirklicht, aber sie haben gesiegt ohne sich zu schlagen und triumphieren ohne gekämpft zu haben. Es ist ihnen gegangen, wie jemand, der sich mit Wucht gegen ein Tor wirft, das er für fest verschlossen hält, der keinen Widerstand findet und mit dem auf Widerstand berechneten Anprall vorwärtsstürmt. Es wird heute in den Faschistenblättern viel geseufelt von Staatsstreich, faschistischer Revolution und solchen erschrecklichen Dingen, aber es handelt sich dabei um eitel Phantastiegebilde. Wahr ist, daß vor den Faschisten alle ausgerückt sind, von der Polizei angefangen bis . . . sehr hoch hinauf, und daß ihr ganzer Triumph in der unendlichen Schamlosigkeit und Feigheit all ihrer Gegner besteht.  
Wir haben bereits berichtet, wie der Rücktritt des Ministeriums Facta bei geschlossener Kammer im Zeichen der Angst erfolgte: man erwartete den Faschistenzug auf Rom. Die Minister gaben ihre Machtbefugnisse dem König zurück. Einen Augenblick schien es, als ob die allgemeine . . . auf ein Verminus stiehe, das sie zum Stillstehen, zur Befugnis zwang. Der König erklärte nämlich, die Demission des Kabinetts Facta nicht anzunehmen. Man mußte glauben, daß Viktor Emanuel III, die Drohung der Faschisten: „Die Monarchie wird faschistisch sein oder sie wird nicht sein“, nicht allzu tragisch genommen hätte und daß er bereit wäre, die Verfassung gegen den Ansturm von rechts zu schützen. Da so das Ministerium die Verantwortlichkeit der Ereignisse wieder auf seinen Schultern hatte, als bereits in vier Provinzen die Faschisten sich der Regierungsorgane bemächtigt hatten (zum Teil, wie in Perugia, durch direkten Verhaft hoher Offiziere, die den Truppen Befehl erteilten, in den Kasernen zu bleiben, während die Faschisten die Regierungsgebäude, die Post- und Telegraphenämter und die Bahnhöfe besetzten), schritt es als letzte Maßnahme zur Proklamierung des Belagerungsstandes in ganz Italien: Verbot der Zeitungen, Einführung der Telegrammsensur, Verbot des Waffentragens, auch mit Legitimation, Einstellung des Verkehrs mit Kraftwagen, einschließlich der Trams, Schluß der Theater, Schließung aller öffentlichen Lokale um neun Uhr abends, Übernahme des Ordnungsdienstes durch die Militärverwaltung, Verbot, Uniformen irgendwelcher Art zu tragen usw. Mit diesen Mitteln in der Hand, wäre es dem Ministerium Facta ein Leichtes gewesen, die Faschisten von den Toren Roms fern zu halten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wäre das auch ohne Blutvergießen gelungen oder wenigstens hätte es weit weniger Blut gekostet, als die „friedliche Besitzergreifung“ bis heute gekostet hat. Aber der König wickelte sich, das Dekret über die Verhängung des Belagerungsstandes zu unterzeichnen.  
So wurde der Belagerungsstand, ehe er angewendet war, wieder aufgehoben, und die Faschisten rückten in Rom ein, mit der provokatorischen Haltung des ruhmbedeckten Siegers. Und so haben sie drei Tage in der Stadt gehaust, unter einer Bewässerung, die sie waffenlos wußten, haben in diesen Tagen die Lokale des sozialistischen

Inlandsmarkt unserer Industrie verloren geht, weil tausende von Menschen gleich frommen Wallfahrern mit und ohne Paß über die Grenze gehen und sich in Deutschland auf lange Zeit hinaus mit Waren aller Art versorgen.  
Seit der Einberufung des Parlaments hat der Minister des Auswärtigen, Benesch, schon dreimal das Wort ergriffen. Er wußte sehr viel zu sagen und erzählte, wie er die Fäden seiner Politik über Rumänien, Jugoslawien, Polen und vielleicht auch neuestens über Griechenland und Bulgarien spanne, aber er erzählte nichts davon, was die Tschechoslowakei unternommen hat, um ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß das Währungschaos in Deutschland befeitigt, dadurch unsere Industrie wieder lebensfähig wird und unsere Arbeiter wieder Arbeit bekommen. In Wirklichkeit ist die geschäftige Diplomatie dieses Staates ohnmächtig. Sie macht als die Diplomatie eines Staates, der erst geschaffen wurde, viel von sich reden, damit die Staatsbürger wissen, wofür sie Steuern zahlen, aber an die Lebensinteressen dieser Staatsbürger rührt sie nicht an. Es ist der Fluch der tschechoslowakischen Republik, daß sie Freunde ins Leben gerufen haben, die sie politisch häßeln, aber wirtschaftlich erwürgen.

Partei vorstandes verbrannt, die der Konföderation der Arbeit, die Wohnungen der kommunistischen Abgeordneten Mingrino und Bombacci, die Redaktion der beiden Mittelschen Blätter „Paese“ und „Epoca“, die eines Wochens, einer kommunistischen Zeitung, das Volkshaus, den Sitz des Buchdruckerverbandes usw. Sie haben — im Dienste rigend einer Privatrade oder aus roher Bosheit — einzelne Arbeiter überfallen und niedergeschossen; einen von ihnen haben sie vorher gefesselt, so daß Ärzte, die im Krieg gewesen sind, uns berichten, sie hätten nie ein grauenvolleres Bild gesehen als diese Leiche. Mit dem Revolver in der Hand hat man dutzendweise Bürger gezwungen, die italienische Tricolore anzuhängen, und hat nicht einmal Gefühl dafür gehabt, wie sehr man die Fahne besudelt, indem man sie um Sinnbild der Faschistenangst mochte. Mit dem Revolver in der Hand hat man die Leute auf der Straße genötigt, den Faschisten Beifall zu klatschen. Und überall war es eine bewaffnete Ueberzahl, die die Gewähr dafür hatte, daß ihre Opfer unbewaffnet waren. Wir haben mit einem Augen zwei jungen Arbeitern von Polizisten ihre Spazierstöcke abnehmen sehen, während die Faschisten unbehelligt Handgranaten mit sich herumtragen.

Nun wendet man ein, daß 50.000 junge Leute viel schlimmeres Unheil anrichten könnten, als sie tatsächlich angerichtet haben. Das mag sein. Es gibt kein Unheil, das nicht die Vorstellung eines schlimmeren Übels zuließe. Es hat in Rom 25 Tote und gegen 80 Verwundete, einen Sachschaden von wenigen Millionen gegeben, aber man muß auch bedenken, daß es sich um eine an sich ganz zwecklose Demonstration handelte, daß Mussolini auch ohne den Zug nach Rom zur Ministerpräsidentenschaft berufen war. Wer die Sache als Revolution betrachtet, für den sind die paar Hundert Toten im Lande eine geringe Sache; da aber keine Revolution vorliegt, kein Staatsstreich, nur ein Ministerwechsel, da muß man sagen, daß uns das neue Ministerium recht teuer zu stehen kommt.

Gewiß, die Absicht eines Staatsstreichs bestand zu Anfang. Haben doch die Faschisten in Pisa und Vercenza das Parlament für aufgehoben erklärt. Aber bis vor wenigen Monaten waren die Faschisten noch strenge Republikaner und jetzt sind sie Stockmonarchisten; so geht es ihnen auch mit dem Parlament. Gestern war es noch aufgehoben, für Mussolini ein Spielzeug des Volkes, heute wird ihr „Beerbauer“ Ministerpräsident und sieht also die Wurzel seiner Kraft in der Kammer. Und wahrscheinlich wird noch die heutige Kammer die unerbittliche Verachtung, die Mussolini für sie an den Tag gelegt hat, damit rechtfertigen, daß sie ihm ein Vertrauensvotum gibt.

Was sich in Italien vollzogen hat, mit einem feindschaftlichen Apparat, der über die Geringfügigkeit des Ereignisses wegdäuschen konnte, ist also einfach eine Verschiebung der Regierung von einer Partei auf die andre. Gewiß, sie hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit vollzogen, wenigstens parlamentarisch betrachtet. Aber im Grunde hat sich diese Verschiebung von der Demokratie zur Oligarchie, von einer fortschrittlichen zu einer konservativen Auffassung, von einer mit dem Sozialismus liebäugelnden zu einer mystisch spiritualistischen Richtung seit langem vorbereitet, seit dem Herbst 1920, gleichzeitig bedingt durch den Abstieg der hiesigen Maximalisten und diesen bedingend. Diesem Umschwung fehlte bisher kein parlamentarischer Ausdruck und den hat er eben im Ministerium Mussolini gefunden. Man müßte blind sein, wollte man verkennen, daß die einzigen 20 faschistischen Abgeordneten in der heutigen Kammer nicht der tatsächlichen Macht der Faschisten im Lande entsprechen. Aber: „darum Räuber und Mörder!“

Das Kabinett Mussolini ist kein rein faschistisches. Ihm gehören zwei Merkale an, denn die Merkale Partei ist an Anpassungsfähigkeit ebenso hervorragend, wie die Faschisten selbst, zwei sogenannte Demokraten und ein Liberaler. Es sind Männer der Wissenschaft darunter, wie der Unterrichtsminister Gentile (liberal) und der Schatzminister Tangorra (Merkale). Von ihren Regierungsfähigkeiten weiß man nichts, was natürlich kein Einwand ist, denn jeder muß einmal zuerst anfangen. Der Versuch, einen Sozialisten der Rechtsparlei, den Gewerkschaftsführer Baldesi in das Ministerium zu bringen, ist zum Glück für unsere Partei schlagversagen. Das Arbeitsministerium hat anstelle Baldesis ein lombardischer Großindustrieller, der Merkale Cavazzoni erhalten.

Man muß abwarten, was Mussolini kann, der am 15. November die Kammer einberufen will. Daß er ein Mann von großer Willenskraft ist, hat er gezeigt. In Körperkraft ist er ein Hüne. Als junger Mann stand er auf dem linken Flügel unserer Partei und war einige Zeit Chefredakteur des „Avanti“. Damals, als von einem Attentat auf den heutigen König die Rede war, formulierte er das Wort: „Die Attentate sind die Verkehrsunfälle der Könige.“ Die Loslösung von der Partei erfolgte in der Stellung zum Kriege: Mussolini war Interventionist und gründete eine große Tageszeitung, das „Popolo d'Italia“, die noch heute existiert. Anfangs war sie sozialistisch-entwickelte sich dann, wie ihr Leiter, zu einem massenverachtenden Nihilismus; stand, wie noch heute Mussolini, in der auswärtigen Politik zu Frankreich, mit scharfer Spitze gegen England. Von Beruf ist Mussolini Mittelschullehrer der französischen Sprache, stammt aus kleinen Verhältnissen, soll aber eine gewisse allgemeine Bildung besitzen. Er hat den Krieg mitgemacht und ist bei einer Schießübung verletzt worden.

Was dem Lande not tut, ist ein energischer Mann mit reinen Händen, der sich keine Klauen und keinen Anhang nachzerrt, der resolut die Staatsstellen vermindern kann und nicht, wie das

sonst in Italien üblich, neue schaffen muß, um möglichst viele seiner Klienten unterzubringen. Wenn anstelle der von Mussolini verachteten „nutzlosen Rechtschaffenheit“ Focas eine nützliche fruchtbare Rechtschaffenheit treten wird, so könnte, wenn nicht eine „neue Ära“ beginnen, so doch der drohende Zusammenbruch des Staates verhütet werden.

Die Finanzlage des Staates ist das vornehmste Problem, das dem Ministerpräsidenten entgegentritt. Das dringendste ist das der Abrüstung der faschistischen Miliz, denn es ist nicht angängig — es sei denn, man wolle die Grundlagen des Staates untergraben — daß der Ministerpräsident über 100.000 Bewaffnete verfügt, deren Sold die Großindustriellen zu bezahlen. Das geht heute, wo die Presse gelübelt ist, wo nur erscheinen darf, wer dem Kommando der faschistischen Miliz zu Munde schreibt, wo die Redaktionen des „Avanti“, der „Giustizia“, des „Lavoro“, verbrannt sind. Sollte dieser Zustand zur Norm werden, so bedeutet er den Bruch der Verfassung, zu dem sich dann der König selbst hergeben hätte. Die Abrüstung des „faschistischen Heeres“ ist angeordnet; aber Abrüstung ist nicht Auflösung. Ohne diese Auflösung führt man Italien in mexikanischen Zuständen zu, die das Land, selbst bei aufgehobener Pressefreiheit, nicht dulden kann und nicht dulden wird.

### Das Budget des Fürsorge-ministeriums.

#### Eine Rede Fabrmans im Budget-ausschuß.

Auf der Tagesordnung stand gestern der Regierungsentwurf, durch den ein Nachtragskredit zur Unterstützung der Arbeitslosen und zur Steuerung der Arbeitslosigkeit bewilligt wird. Der Berichterstatter Champa erklärt, das der Betrag von 100 Millionen Kronen nicht eine unüberschreitbare Grenze sein könne; dies sei die erste Welle und die Regierung müsse zu weiteren Opfern bereit sein; besonders müsse sie auch für das nächste Jahr auf eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vorbereitet sein. Bisher wurden im Jahre 1919 250 Millionen Kronen, im Jahre 1920 94 Millionen und im Jahre 1921 75 Millionen Kronen, im Jahre 1922 bis Ende September 88 Millionen an Arbeitslosenunterstützungen ausgezahlt. Falls sich im Budget für 1922 keine Bedeckung für diese 100 Millionen Kronen finden sollte, so sei der Finanzminister zu ermächtigen, diesen Betrag durch eine Kreditoperation zu beschaffen. Der Regierungsentwurf wurde genehmigt.

Dann gelangte das Budget des Fürsorge ministeriums zur Debatte, in deren Verlauf Minister Fabrmans u. a. ausführte:

Der Gesetzentwurf über die Altersversicherung, soweit es den allgemeinen Teil betrifft, ist fertiggestellt und es ist nur der materielle Teil zu vollenden. Im Feber sollte die Vorlage der Regierung und der Abgeordnetenkammer vorgelegt werden. Gleichzeitig wurde auch die Frage beraten, wie es unter der gegenwärtigen schwierigen Situation möglich wäre, den Gedanken zu verwirklichen, daß für alle Personen, die sonst in die Altersversicherung fallen, wegen ihres Alters aber nicht in sie einbezogen werden, aus staatlichen Mitteln ein Betrag in der Form eines Gesenkens gesichert werde, damit ihnen irgendwie eine leichtere Existenzmöglichkeit geboten werde. Das Fürsorge ministerium wurde von der Regierung aufgefordert, dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zu widmen und der Minister könne sagen, daß in ungefähr 14 Tagen ein entsprechendes Elaborat der Regierung zur Prüfung unterbreitet werden wird. Was die Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosenunterstützung betrifft, so sind bei den Krankenlasten 3 bis 3,5 Millionen Personen angemeldet. Die Zahl der Arbeitslosen und der sich um Arbeit bei den Arbeitsvermittlungstellen Meldenden betrug Ende September 137.000 Personen, am 15. Oktober 167.000 Personen; dies bedeutet, daß in den Wintermonaten die Arbeitslosigkeit steigen werde. Unversichert wurden wegen Arbeitslosigkeit Ende September d. J. durch Vermittlung der Etablissements 50.800 Personen, am 15. Oktober 62.000 Personen. Die Zahl der vom Staate direkt Unterstützten betrug Ende September 50.000, am 15. Oktober 67.000. Die Zahl der mit verkürzter Arbeitszeit Arbeitenden (1 bis 4 Tage in der Woche) betrug Ende September 240.000 und gegenwärtig 270.000 Personen. Eine bedeutende Zahl dieser Arbeitslosen ist in der Summe jener Personen einbezogen, die durch Vermittlung der Etablissements unterstützt werden.

Der Minister sprach dann über die Auswandererfrage, wobei er mitteilte, daß im Jahre 1920 aus der Slowakei und Karpathenland 33.000 Leute und mit ihnen 9000 Tschechen ausgewandert seien; dagegen seien im letzten Jahre 17.000 Auswanderer aus Amerika zurückgekehrt. Der Minister verwies weiter darauf, daß auf Grund des Gesetzes über die Förderung der Bauwirtschaft in der Republik bisher 8500 Häuser mit 21.000 Wohnungen errichtet worden sind. Der Bauaufwand betrug 1 Milliarde 800 Millionen Kronen, die staatliche Garantie 1200 bis 1400 Millionen Kronen. Was die Verlängerung der Wirksamkeit dieses Gesetzes betrifft, ist der Minister überzeugt, daß es auch für das nächste Jahr verlängert werden muß. In welcher Form dies geschehen wird, könne er noch nicht sagen, aber die beteiligten Ministerien arbeiten bereits an einem entsprechenden Gesetzentwurf.

## Inland.

Ein Hirtenbrief der katholischen Bischöfe in der Tschechoslowakei. Wie wir bereits vor mehreren Wochen mitgeteilt haben, wurde in Prag unter dem Vorsitz des päpstlichen Nuntius Ricca eine mehrstäufige Beratung aller Bischöfe katholischen Glaubens in der Tschechoslowakei abgehalten. Den Gegenstand der Verhandlungen bildete die Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat. Nun erfährt man aus einem Hirtenbrief, der am Sonntag von allen Kardinälen vorgelesen wurde, die genaue Präzisierung des Standpunktes des katholischen Klerus zu den Fragen: Kirche und Staat, Schule und Gebrauch der Kirchen und Friedhöfe. In dem Hirtenbrief wird zwar mit der Möglichkeit einer Trennung des Staates von der Kirche gerechnet. Dabei wird auf den diesbezüglichen Weg des Gesetzes verwiesen, wobei die Kirche eine gemeinsam mit dem Staat entscheidende Stimme haben würde. Da aber stets der Klerus der Begriff: Staat? Nach seiner Anschauung rührt die Macht des Staates von der Macht Gottes her und dort, wo die Staatsmacht sich am Gebot Gottes vergreift, hat der Katholik nicht zu gehorchen. Es heißt ausdrücklich im Hirtenbrief: „Wenn die weltliche Obrigkeit etwas gegen Gottes Gebot anordnet, braucht sich der Christ nicht davor zu fürchten diesem Gebot treu zu bleiben und gegen jedesweches Leiden in der Zeit selbst den Tod zu erleiden.“ Wir wissen, was das heißt: treu dem christlichen Gebot bleiben. Man erinnere sich nur an den Weltkrieg, wo die katholischen Bischöfe, die Vertreter der Liebe Christi auf Erden, die Waffen segneten haben, welche Menschen gemordet haben. Was die Schulfrage anbetrifft, so fordern die Bischöfe die konfessionelle Schule. Im Anschluß daran wird in den üblichen Phrasen gegen die materialistische Moral, wie sie die Laienmoral gelaufen hat, und gegen die Vertreter dieser materialistischen Anschauungen, vor allem natürlich gegen die Sozialisten gewettert. Die gemeinsame Kirchen- und Friedhöfbenutzung wird der bekannten Unduldsamkeit des Klerus verworfen. Denn nicht Liebe, sondern Haß gegen alles, was nicht ihres Glaubens ist, leitet sie seit Anbeginn ihrer Entwicklung. Im übrigen geht es hier nicht darum, alle im Hirtenbrief fassbar bekannten Jesuitismen zu bekämpfen und zu widerlegen. Hier handelt es sich nur noch um eine Feststellung: Dieser Hirtenbrief, welcher von den Bischöfen aller in dieser Republik vertretenen Nationen unterschrieben ist, enthält, wie schon angedeutet wurde, politische Angriffe. Er soll während dreier Wochen verlesen und kommentiert werden. Das ist nichts anderes als ein Mißbrauch der Kirchen- und politischen Agitation. Mit Recht bemerkt das „Arbe Pravo Věrník“ dazu: „Die Bischöfe fordern hier an der Spitze zur Wilsachtung des Gesetzes über das Verbot der politischen Agitation in der Kirche auf und eröffnen einen großen Aufstand.“ Was wird die Koalition dazu sagen?

Der tschechische Nationalsozialist Storkovský ist zwar kein Dichter, möchte aber trotzdem ein zweiter Dyl werden. Deshalb setzt er im „České Slovo“ seine Epistel fort: diesmal ist ihm die Kraft der tschechischen Nation so zu Kopf gestiegen. Wenigstens glaubt er in jedem Absatz mindestens einmal von ihr reden zu müssen. Eben so gerne wie von Kraft redet Storkovský, der national „empfindliche“ Mensch, wie er sich selbst bezeichnet, von der „sittlichen Legitimation“, die Krzeptel, Lodgman und Baeran den Tschechen in die Hand gegeben hätten und von der „heiligen Pflicht“, die Deutschen durch eine „starke staatliche Macht“ zur Ordnung zu bringen. Stolz verkündet der „Sozialist“ Storkovský im ebenso „sozialistischen“ „České Slovo“: „Und wir haben genug Kraft...“ Ueberall ist die Kraft, die Macht, der starke Staat und die sittliche Legitimation zur Hand. Eine feine „sittliche“ Legitimation, die man von Baeran bekommt, aber der tschechische Kraftverlinder macht es ebenso wie seine deutschen Kollegen: auch diesen dient als bestes Kampfmittel der Ramarsch und seine Politik. Storkovský entwickelt ein detailliertes Programm: Zum Schutze der Minderheiten sei rücksichtslose Kraft notwendig, an die Spitze aller Ämter müssen energische Tschechen gestellt werden, den tschechischen Beamten, die ins deutsche Gebiet „geschickt“ werden, müsse der Gehalt erhöht werden usw. Wenn das nicht getan würde — meint Storkovský — würde die sittliche Legitimation für die tschechische Freiheit verloren sein. Zum Schluß wird aber der Haupttrumpf ausgespielt: Man müsse in wirtschaftlicher Hinsicht radikal die Taktik ändern zugunsten der staatsbildenden Elemente und weiter: „Die deutsche Tache ist empfindlicher als das deutsche Herz.“ Wir wissen sehr wohl, daß der deutschen Bourgeoisie ihre Tache höher stellt als das „deutsche Herz“; Sozialist Storkovský müßte aber ebenso wissen, daß sein Rat, die tschechischen Bank-, Industrie- und Handelskreise mögen ihre Beziehungen zu den deutschen Kapitalisten lösen eben daru nicht befolgt werden wird — weil auch den tschechischen Patrioten die Tache näher ist als das „tschechische Herz“. Bemerkenswert aber bleibt das neueste radikale wirtschaftliche Programm der tschechischen Sozialisten, das darin bestehen soll, den Deutschen in die Tache zu greifen. Wenn darin die „entscheidenden“ Taten der tschechischen Sozialisten bestehen sollen, die nach Storkovský bevorstehen, dann wird man wissen, was vom „Sozialismus“ der tschechoslowakischen sozialistischen Partei zu halten ist.

Abgeordnetenhaus und Senat. Wie das „Prager Abendblatt“ mitteilt, wird auch in dieser Woche das Abgeordnetenhaus mit Arbeiten der Ausschüsse

insbesondere des Budgetausschusses ausgefüllt sein, der von morgen an wieder tagtäglich bis Samstag tagen wird, um die Budgetarbeiten abzuschließen. Außer der Sitzung am Dienstag, in der die terminierten Vorlagen betreffend die Vereinerung exterritorialer Personen von der Steuerzahlung und betreffend der bisherigen Vorschriften über die Militärlage erledigt werden, wird das Plenum keine Sitzungen abhalten. Es tritt erst wieder am 14. November zusammen, wo die abgefertigte Verhandlung des Staatsvoranschlags für das Jahr 1923 eröffnet wird. Von diesem Tage an wird dann das Abgeordnetenhaus bereits regelmäßig tagen, denn die Budgetdebatte wird es den Ausschüssen ermöglichen, für die Plenarverhandlungen Material vorzubereiten. — Das Plenum des Senats tritt Dienstag, den 7. d. M., zusammen, um über die Regierungserklärungen zu verhandeln.

Die Gemeindevahlen in Schüttenhofen. Bei den sonntägigen Stadtvertretungswahlen in Schüttenhofen wurden 3600 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Merkale 918 Stimmen, 9 Mandate, die Kommunistische Partei 609 Stimmen, 6 Mandate, die tschechischen Sozialdemokraten 590 Stimmen, 6 Mandate, die tschechischen Sozialdemokraten 879 Stimmen, 9 Mandate, die tschechoslowakische sozialistische Partei 274 Stimmen, 2 Mandate, die tschechische Gewerkepartei 283 Stimmen, 3 Mandate, und die tschechisch-agrarische Partei 137 Stimmen, 1 Mandat. Das Wahlergebnis von 1919 betrug: Merkale 473 Stimmen, 5 Mandate, Kommunisten 0, Nationaldemokraten 713 Stimmen, 7 Mandate, Sozialdemokraten 1842 Stimmen, 19 Mandate, tschechoslowakische sozialistische Partei 399 Stimmen, 4 Mandate, Gewerkepartei 0, tschechische Agrarier 131 Stimmen, 1 Mandat. Dank der kommunistischen Spaltarbeit ist also die sozialistische Stimmenzahl auch hier gesunken und den Erfolg tragen die Merkale davon. Schüttenhofen ist die erste Stadt Böhmens, in der die Merkale die stärkste Partei bilden.

## Ausland.

### Der Wein-Hermes moralisch verurteilt

Die Vermutung, die wir zur Verurteilung des „Freiheit“-Redakteurs, Genossen Hensel, hinjagten, daß die Geldstrafe eine moralische Verdammung des Dr. Hermes bedeute, hat sich bestätigt. In der Urteilsbegründung wird zwar der Wahrheitsbeweis als nicht erbracht festgestellt und dem Dr. Hermes, dem Liebhaber billiger Weine auch auf Kosten des Zunderbestandes des Reiches, der gute Glaube zugebilligt, dann aber heißt es wörtlich:

„Strafmildernd kam in Betracht... vor allem der Umstand, daß die Tatsachen, die dem Angeklagten zugetragen worden waren, ihn an der Richtigkeit seiner Behauptungen glauben lassen konnten, ferner, daß er von dem Interesse des Redakteurs an der öffentlichen Erörterung von Mifftänden, die als solche mit Recht erkannt waren, überzeugt war. Rein objektiv betrachtet sind nämlich die Beziehungen des Nebenklägers zu den Winzern nicht vereinbar mit der Heiligkeit, mit der der Beamte seine Integrität wahren und selbst den Anschein vermeiden muß. Das Gericht steht nicht auf dem Standpunkt, daß der Beamte bei seinen vielen Beziehungen zu Industrie, Handel und Wirtschaft jede erwiesene Lebenswürdigkeit gleich schroff zurückweisen muß. Er hat seinem Tatgefühl zu folgen. Auf jeden Fall aber hätte der Minister seine Beziehungen zu dem Winzerverband abbrechen müssen, als er von den geringen Preisen Kenntnis erhielt, keinesfalls hätte er diese Beziehungen von neuem aufnehmen dürfen. Aus allen diesen Gründen kam für die Verurteilung des Angeklagten keine Gefängnis-, sondern eine Geldstrafe in Frage. Zur Höhe der letzteren betonte der Vorstehende, daß die Strafe im ersten Augenblick wohl etwas hoch erscheine, daß sie aber unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Geldentwertung zu betrachten sei.“

Es ist ein wahrer Pyrrhusieg, den Herr Hermes errungen hat. Noch ein solcher Sieg, und er ist ganz verloren.

### Amnestie in Sowjetrußland.

Moskau, 6. November. (Russ. Tel. A.) Anlässlich des fünften Jahrestages der Oktoberrevolution ist eine allgemeine Amnestie erlassen worden, die je nach der Art des Verbrechens in der Herabsetzung der Strafzeit auf die Hälfte oder ein Drittel besteht. Statt der Todesstrafe tritt die nächst niedrigere Strafe ein. Die wegen des Kronstädter Aufstandes Verurteilten erhalten mit Ausnahme der Führer des Aufstandes und der Offiziere vollkommene Straffreiheit. (Und was ist mit den verurteilten Sozialrevolutionären? Eine allgemeine Amnestie müßte doch auch sie betreffen! D. Red.)

### Die ersten Wahlergebnisse in Eng'nd.

London, 5. November. (Reuter.) Nach den letzten Angaben gestaltet sich das Verhältnis der Kandidaten, gegen welche keine Gegenkandidaten aufgestellt wurden und die nach dem Wahlgesez ins Parlament gewählt erscheinen, folgendermaßen: 42 Konservative, 5 Liberale, 5 Nationalliberale, vier Anhänger der Labourparty, 6 irische Unionisten und 1 Nationalist. Unter den Gewählten befindet sich Lloyd George und sechs Mitglieder der gegenwärtigen Regierung.

# Tages-Neuigkeiten.

Es war einmal . . .

Ja, ja, wie herrlich war es, als noch jeden Monat irgendwo irgend ein Herr in den heiligen Stand der Ehe trat. Sei, was gab es damals für einen bürgerlichen Redakteur alles zu schreiben! wie konnte man sich an jedem Staats- und Hofleib begeistern, wie mit lustigen vergrößerter Nase die Braten und Weindüste auffangen, so von der süßlichen Tafel empfortragen, wie in ehrfurchtsvollen Schauern vor der Zahl von Gästen und Glückwünschen erstarrten, in was für Wollustkugeln vor dem Schlüsselloch des Schlagenmachers verharren, indes der hohe Herr mit seiner hohen Dame feierlich zu Bett stieg! Ja, damals, war es noch eine Lust, Redakteur der Rubrik „Vom Tage“ zu sein, und kausend gedenkt der seines Stoffes bezaubte Mann der gestützten Habsburger und Hohenzollern, der Wittelsbacher und Wettiner, der Romanows und Koburgs. Da plötzlich fällt in die von Trauer und Dunkelheit verhüllte Redaktion des „Prager Tagblattes“ ein heller Strahl, aller Nummer ist, wenigstens für drei Tage, verflohen und vergessen: Willh, der edle Freund aller Journalisten, der ihnen dreißig Jahre lang Tag für Tag Gelegenheit gab, sich in Szaunen und Bewunderung zu wälzen, heiratet aufs neue. Der Braut ist sich also treu geblieben, und wie er früher Truppenparaden, Siegesbälle, Massenbütbäder und außenpolitische Blamagen benutzte, um für sich Reklame zu machen, so stellt er jetzt seine „Wittvereinfamkeit“ seine von Steinach aufstakerte Männlichkeit und sein zweites Hochzeitsbett der andächtig laufschenden Menschheit von Prag-Herzengasse, Berlin W. und Wien-Neugegasse zur Schau. Dem Tagblattspezialisten für fürstliche Leibes- und Unterleibsangelegenheiten zittern vor Nahrung und Unterleib die Arme, dann aber stürzt er ans Werk. Luft, Luft, er kann wieder atmen, wieder klappt, gelobt sei Gott, eine Majestät ihre Hofen. Sonntag früh, Montag Mittag, Montag abends, drei Spalten, sechs Spalten, zwölf Spalten, zwei Bilder, sechs Bilder, Beschreibungen, Aufzählungen, Sentimentalitäten, Glückwünsche, Predigten, Telegammme, Feierlichkeiten, Aufzählung und, nicht zu vergessen, eine Schweinerei — heute geht endlich einmal aus dem Vollen. Frau von Pollak bekommt das „Touffreau der Gattin des Kaisers Wilhelm II.“ vorraus, nicht ohne den rührenden Hinweis, daß es dem „Ezil“ entsprechend so bescheiden ist wie der arme alte Meidervortat irgend einer Vörsenbörse; Herr von Liebmann darf sich an der delikatesen Freisart (sic) ist, welche welthistorisches Ereignis, „auf der Rückseite einer bunten Ansicht vom Saute Doorn gedruckt“ begelien; den Monarchisten unterschätzt die Beschreibung der Thronkette, den Frommen die geschmalzene Rede des Hofpredigers Vogel, den Feiern des „kleinen Witzblattes“ der „pitante“ Scherz, daß dem reifen Jungemann als Ergänzung der Steinach für ein Pappan Sellerie geschenkt wird. Feder kommt auf seine Rechnung, allen voran das „Prager Topfblatt“. Darf es doch drei Tage lang schweifen und auf dem Bauche rutschen und sich so von den Mühen des Republikanismus erholen, die seinen alten Knochen so verrietert lauer sollen. Und „hermoroen“ wird sich, genau so, wie es das bei seinen „Erinnerungen“ so an hat, zur Wechselstube über Willh lustig machen. Denn Schmoß verbeutet sich prunbätsch immer nach rechts und nach links und beweist seine Gehörigkeit nur durch konsequente Gefinnungslosigkeit.

**Der arme Präsident und die reichen Glasarbeiter.** Unter dem Titel „Ein Staatsbeamter als Anwalt des Unternehmertums“ brachten wir vor einiger Zeit in unserem Blatte einen Bericht über die Verhältnisse in der Glasindustrie des Böhmerwaldes; dieser Bericht duxte folgende Mittelstücken eine Ergänzung: In den Ortschaften Solzschlag, Krauenthal und Seewiesen im Bezirke Schüttenhofen befinden sich einige Spiegelglasfabriken, in welchen die Spiegel nach aus alten Arbeitsmethoden geschliffen und poliert werden. In diesen Werken hatten die Arbeiter wegen der rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse seit jeher einen erbitterten Kampf um ihre Existenz zu führen. Die Unternehmer Fürth und Pollak entließen sich ihrer Verpflichtungen gegen die Arbeiterschaft dadurch, daß sie seit Jahren ein ganz veraltetes Zwischenmeister-System eingeführt haben; nach diesem System erhalten die Spiegelglas-schleifer einen bestimmten Lohn, von dem sie alle anderen Hilfsarbeiter selbst ausbezahlen müssen. Sie müssen auch alle zur Produktion notwendigen Behelfe wie Poliermittel, Schmirgel, Nieren, Beleuchtung, Schleifsteine usw. selber besorgen. Durch dieses System war eine Ausbeutung der Arbeiterschaft bis zur äußersten Grenze möglich. Nach dem Umsturz gelang es dem Zentralverband der Glasarbeiter, die Arbeiterschaft dieser Schleifereien für die Gewerkschaftsorganisation zu erlassen und einen Vertrag für diese Spiegelglaswerke zum Abschluß zu bringen, in dem halbwegs vernünftige Arbeits- und Lohnbedingungen festgelegt wurden. Seit einigen Wochen hatten nun die Firmeninhaber die Zeit für gekommen, um der Arbeiterschaft wieder all das zu rauben, was diese in der Zeit der Revolutionsperiode durch ihre Gewerkschaftsorganisation errungen hat. Die Glasbarone verlangen auch hier eine 30prozentige Lohnreduzierung und fordern weiter nicht mehr und nicht weniger als die Wiedereinführung des nach dem Umsturz endlich abgeschafften Zwischenmeister-Systems. Mit der Einführung des Systems ist eine tägliche Arbeitszeit von 16 bis 18 Stunden verbunden. Die Gewerkschaftsorganisation hat selbstverständlich einvernehmlich Ansuchen zurückgewiesen und sich bereit erklärt, über die Frage eines Lohnabbaues in einem gerechten Ausmaße zu verhandeln. Von

# Die Vorschläge an die Reparationskommission.

Die Kommission nicht befriedigt? — Der „Patriotismus“ der Reaktionen.

Berlin, 6. November. (Eigenbericht.) Die von der deutschen Regierung der Reparationskommission überreichten Vorschläge sind bis jetzt im Wortlaut nicht veröffentlicht. Inhaltlich besagen sie, daß die Reichsregierung eine Stabilisierung der Mark für notwendig erachtet und sie schlägt deshalb vor, daß die Reparationskommission in Verbindung mit einem internationalen Finanzkonförium und mit der Reichsbank eine Anleihe von 500 Millionen Goldmark zu Stabilisierungszwecken aufnimmt. Die Regierung will sich verpflichten, weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen im Inlande vorzunehmen. Berliner Korrespondenten der Pariser Blätter behaupten, daß die Reparationskommission von diesen Vorschlägen der deutschen Regierung nicht befriedigt sei und daß die Lage für Deutschland äußerst kritisch sei. Maßgebende Vertreter der Reparationskommission in Berlin bezeichnen die Pariser Meldungen als übertrieben und hoffen, daß eine Verständigung mit der Reichsregierung zustandekommt, wenn diese ihre Vorschläge konkreter

fasse und erweitere. Einige Pariser Blätter wissen außerdem zu berichten, daß schwerindustrielle Kreise einen Stabilisierungsplan ausgearbeitet hätten, daß sie ihn aber nicht vorher aus der Hand geben wollen, bevor das Kabinett Wirth durch ein Kabinett Herms erseht sei. Der Reichsverband der Industriellen hat auf eine Anfrage versichert, daß ihn von solchen Plänen nichts bekannt sei. Es ist möglich, daß rechtsstehende Kreise die Gelegenheit benützen wollen, um das Kabinett Wirth zu stürzen und mit ausländischer Hilfe eine rechtsgerichtete Regierung zu errichten. Dieses Vorgehen ist kennzeichnend für den Patriotismus der Deutschnationalen. Von einer innerpolitischen Krise kann augenblicklich aber nicht gesprochen werden. Die Sozialdemokraten haben schwere Bedenken gegen die augenblickliche Haltung des Kabinetts Wirth in der Reparationsfrage und zu den sozialdemokratischen Finanz- und Wirtschaftsforderungen, sie werden aber nicht zugeben, daß die gegenwärtige Reichsregierung durch eine Regierung der Rechten und der Industriellen ersetzt werde.

# Die Antwort.

Berlin, 6. November. Wie das I. S. P. berichtet, wird heute abend die Antwort der Reparationskommission der deutschen Regierung überreicht. In dieser Antwort erinnert die Kommission die Reichsregierung erstens daran, daß sie im Juni die Verpflichtung hinsichtlich einer finanziellen Kontrolle übernommen hat. Die Reparationskommission stellt die Frage: Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Ausführung dieser

Verpflichtung zu sichern. Zweitens gibt die Reparationskommission der Meinung Ausdruck, daß sie nicht überzichtig ist, mit einem Bankierausschuß über eine Anleihe zu verhandeln, die Deutschland erhalten soll. Die deutsche Regierung wird daher aufgefordert, der Reparationskommission Vorschläge zu machen, die als Unterlage benützt werden können.

einer Wiedereinführung des Zwischenmeister-Systems kann natürlich keine Rede sein. Bis jetzt ist noch keine Einigung erzielt worden, und die Arbeiter sind schon wochenlang arbeitslos. Nun wurde von ihnen bei der politischen Bezirksbehörde der Anspruch auf die staatliche Arbeitslosenunterstützung erhoben. Durch einige Interventionen wurde die Bezirksbehörde aufgefordert, ein Gesuch an das Ministerium weiterzuleiten, da der Verband der Glasarbeiter bereits die Auszahlung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung für die Glasarbeiter in der ganzen tschechoslowakischen Republik erwirkt hat, und nur noch eine bezirksweise Eingabe der zuständigen Bezirksbehörden notwendig ist, um in den jeweiligen Bezirken die Unterstüzung zur Durchführung zu bringen. Trotz dieser Tatsache erließen die Arbeiter wochenlang keine Arbeitslosenunterstützung, weil die Bezirksverwaltung in Schüttenhofen es nicht für notwendig erachtete, daß die im größten Glend sich befindenden Glasarbeiter dieses Bezirkes die Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt erhalten. Die Arbeiterschaft mußte vielmehr bei verschiedenen Interventionen die Wahrnehmung machen, daß sich die politischen Organe bewußt auf Seite der Unternehmer stellen und Partei für sie ergreifen. Die politische Bezirksbehörde machte es sich sogar zur Aufgabe, Einfluß auf die Arbeiterschaft zu nehmen, damit diese sich bereit erkläre, zu den ihr gebotenen unmenslichen Arbeits- und Lohnbedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Man ging so weit, daß man zwei Schleifer nach Schüttenhofen auf die Bezirksbauhauanschafte vorgeladen hat, wo man von ihnen verlangte, daß sie das rückständige Zwischenmeister-System und die 30prozentige Lohnreduzierung ohne weiteres annehmen sollen. Der betreffende Beamte sagte den beiden Arbeitern mündlich: „Ihr Glasarbeiter verdient ja mehr als unser Präsident Masaryk Gehalt hat. Ihr müßt unter allen Umständen mit den Löhnen heruntergehen!“ Ist der Mann nicht um sein kindliches Gemüt zu beneiden, da er noch aufstehend in der Vorstellung des Vormarschs lebt? Er muß jedoch belehrt werden, daß wir bereits 1922 schreiben, und daß die Arbeiter nicht gewillt sind, sich verhöhnen zu lassen.

**Unerhörte Frechheit eines Beamten der Prager Telefonzentrale.** In der Prager Telefonzentrale sitzt ein Beamter, der anscheinend der Meinung ist, daß wiederum die Zeit gekommen ist, in der sich gewisse rüde, arbeitserfindliche Elemente ungestraft jede Frechheit gegenüber Arbeitern und Sozialdemokraten erlauben können. Am letzten Samstag, den 4. November hat sich dieser Bessle eine Anfertigung erlaubt, die — namentlich im Munde eines republikanischen Beamten — unerhört ist. Die Redaktion des „Sozialdemokrat“ urgerte zweimal das am 22. Uhr 8 Minuten fällige Abonnementgespräch mit dem Berliner Berichterstatter. Bei der zweiten Reklamation nun, um 22 Uhr 45 Minuten, antwortete der den Dienst versetzende Beamte unserem diensttuenden Redakteur folgendes in deutscher Sprache:

„Der „Sozialdemokrat“ soll sich aus Kopfen lassen; wir haben mit der Bande gar nichts zu tun!“

Seinen Namen hat der Schimpfbold bis jetzt nicht verraten. Wir erwarten auch nicht, daß der Kerl den Mut aufbringen wird, für seine Worte einzustehen, sich selber zu nennen und zu verantworten. Deshalb fordern wir von der Postdirektion, daß sie den Fall sofort untersuche und den schimpfenden Beamten ermittle. Herr Postminister Tuenh wird hoffentlich veranlassen, daß dieser Mann augen-

blicklich zur Rechenschaft gezogen werde, der sich im Amte solche Äußerungen gegenüber einer Partei erlaubt. Und die Dessenlichkeit hat ein Interesse daran, den Namen dieses Menschen zu erfahren, der die Arbeiter oder die Sozialdemokraten oder die Redaktion ihres Zentralorgans eine „Bande“ schimpft. Soweit sind wir denn doch nicht, daß ein Beamter der republikanischen Post, der ein sozialistischer Minister vorsteht, ein sozialdemokratisches Blatt öffentlich mit den Manieren eines unverhüllten Reaktionsärs und eines Hausknechts behandelt.

**Eine tschechoslowakische „allerhöchste“ Entscheidung im Sinne des „Hofdekretes“ vom . . .** Im Jahre 1919 haben tschechische Soldaten das Kaiser-Josef-Denkmal in Saaz in landesüblicher Weise zerstört und der Stadtgemeinde hierbei großen Schaden zugefügt, dessen Ersatz sie vom Staate forderte. Darauf ist dem Bürgermeisteramt in Saaz folgende Erledigung zugegangen: „Das Ministerium für nationale Verteidigung hat mit dem Erlasse vom 16. Oktober nachstehendes anher erflinet:

Dem  
Bürgermeisteramt  
(im Wege der politischen Bezirksverwaltung)  
in  
Saaz.

Zum dortigen Ansuchen vom 19. April 1922, betreffend die Ersatzansprüche für die vom tschechoslowakischen Militär im Jahre 1919 verursachten Schaden, teilt das Ministerium für Nationalverteidigung folgendes mit:

Nachdem es sich um Schäden handelt, welche infolge von Ausschreitungen des Militärs verursacht wurden, ist im Sinne der allerhöchsten Entscheidung vom 5. April 1916 (raccolta dello leggi, Band I, Seite 357, bzw. des Hofdekretes vom 16. April 1921, Pol. Ges. Samml. Band 49, Seite 115) in zündweldche Ersatzpflicht des Staates nicht gegeben.

Dazu bemerken wir, daß das vom militärischen Prokurator in Theresienstadt eingeleitete Strafverfahren gegen die Täter nach § 138 des Mil.-Str.-Ges. vertagt wurde, nachdem durch die festgestellten Vorerebungen die Namen jener Soldaten, welche die Statue gestürzt haben, nicht sichergestellt werden konnten.

Der tschechoslowakische Staat benützt also die allerhöchsten Entscheidungen und Hofdekrete aus der absolutistischen österreichischen Zeit, um sich jeder Verantwortung für die Gewalttaten und Schandensetzungen seiner Soldaten zu entziehen.

**Deutsches Studentenopfer.** Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Genossen Ermak fand am 4. ds. in Prag eine Besprechung von Vertretern des Verbandes deutscher Selbstverwaltungskörper mit dem Leiter des „Deutsches Studentenopfers“, dem Professor Tschermak-Sehse statt, an der weiters teilnahmen für den Deutschen parlamentarischen Verband Senator Universitäts-Professor Raegle und Vertreter der drei politischen Gruppen der Studentenschaft, der sozialistischen, deutsch-völkischen und deutsch-freistänigen Hochschüler. Es wurde ein Einvernehmen in dem Sinne geschlossen, daß das Studentenopfer, das nur eine private Institution seines Leiters ist, nunmehr dem paritätisch aus Professoren und Vertretern der drei studentischen Gruppen zusammengesetzten Verein „Deutsche Studentenfürsorge“, als dessen bloße Stimmstelle eingegliedert wird. Ferner wurde beschlossen, zu empfehlen, daß die Spenden der deutschen Selbstverwaltungskörper direkt dem ge-

nannten Vereine unter der Chiffre „Deutsche Studentennotopfer“ überwiesen werden. Da somit also die Gewähr geschaffen wurde, daß unsere studentischen Genossen über die Verwendung der eingelangten Gelder mitverfügen werden, wird allen sozialdemokratischen Gemeindefunktionären empfohlen, für die Bewilligung von solchen Spenden einzutreten. — Die „Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker“ erludt uns ferner um Abdruck folgender Erklärung zu dieser Angelegenheit: „Wir sozialistischen Studenten betrachten es seit jeher als eine unserer wichtigsten Aufgaben, an allen sozialen Einrichtungen unserer Hochschulen mitzuarbeiten. Bedingung aber ist, daß diese mit unseren politischen Grundfragen und mit unserer Weltanschauung übereinstimmen und wir bei allen ihren Aktionen eine wirksame Kontrolle ausüben können. Da uns bis jetzt eine solche beim Studentennotopfer nicht möglich war, haben wir die Mitarbeit bei dieser Aktion abgelehnt. Durch den Beschluß vom 4. November, der Unterordnung des Studentennotopfers unter den Verein „Deutsche Studentenfürsorge“, in dem auch unsere Mitglieder vertreten sind, können nun unsere Bedenken wegfallen. Wir benützen diesen Anlaß, die Arbeiterschaft an die furchtbare Notlage des studierenden Proletariats zu erinnern; wir bitten sie und ihre Vertrauensmänner, soweit als möglich die Versuche zur Linberung des Studentenelebens zu unterstützen. Diese Bestrebungen haben mit der deutsch-nationalen Gegenaktion „Heimatspende für unsere deutsche Studentenschaft“ nichts zu tun, der nach wie vor natürlich kein Heller zu opfern ist.“

**Die trübseligsten Sowjetvertreter.** Am letzten Freitag sprach ein Herr Gärtner in einer öffentlichen kommunistischen Versammlung über Sowjetrußland. Nach den Zitaten zu schließen, welche die Tepliger „Freiheit“ aus diesem Vortrag bringt, verhoffte Herr Gärtner den Versuchern einen gelungenen heiteren Abend. Unter anderem erzählte dieser Taufensassa wörtlich folgendes: „Die Herren in Genoa glaubten, daß wir, wenn wir viel Champagner getrunken haben, ihnen die Zusicherungen machen werden, doch haben wir ihnen bewiesen, daß wir im Trinken noch über ihnen stehen und haben trotz des vielen Champagners ihnen doch keine Zusicherungen gemacht.“ — Wir glauben, daß diese Probe genügt. Der Herr Gärtner muß es ja wissen, wie es um die Trinkseligkeit der Sowjetdelegierten bestellt ist.

**Zur Erinnerung . . .** Die „Ceskoslovenska Republika“ veröffentlicht folgendes Inserat:

Möge dieses Inserat in die Aemter der Republik einbringen und mir die Möglichkeit geben, irgend einen Dienstposten zu erwerben. Als Belohnung erhöhte Liebe zur Republik. Gest. Anträge an die Administration dieses Blattes unter der Marke: „Zur Erinnerung an den 28. Oktober.“

Das Inserat ist so recht bezeichnend für die Denkart gewisser tschechischer Kreise, die glauben, daß der Staat dazu da wäre, um gewisse Bürger mit Beamtenstellen zu versorgen. Was wohl aber verwunderlich an dieser Anzeige ist, ist der Umstand, daß sie gerade in der halbamtlichen „Republika“ erschien. Wahrscheinlich glaubt man auch dort, daß die schönste Erinnerung an den 28. Oktober — eben eine staatliche Anstellung ist.

**Alkoholverbot in der Slowakei.** Wie das tschechische Preßbüro berichtet, erstanete bei den Beratungen der Bauvorsitzer über slowakische Verwaltungsfragen in Preßburg, Ministerialrat Wencel, für die Finanzgeneraldirektion ein eingehendes Referat über das Verbot des Ausschankes von geistigen Getränken in der Slowakei. Die Expositur des Gesundheitsministeriums hatte einen schriftlichen Bericht über den sanitären Standpunkt überreicht. Minister Kallay fasste das Ergebnis der Debatte dahin zusammen, daß die Lösung der Alkoholfrage im Sinne der Prohibitio erfolgen werde, im Rahmen der geltenden Gesetze usw. gleichzeitig in allen Gauen en bloc.

**Verhaftung von Rotenälchern in Kopenhagen.** Ein Kopenhagener Bankier teilte Samstag der Polizei mit, daß er von einem Ausländer namens Somerst in eine Anzahl tschechoslowakischer 500 Kronenscheine gekauft hat, die sich später als gefälscht herausgestellt haben. Es gelang der Polizei, Sommerstein und dessen Komplizen Kieselstein festzunehmen. Sommerstein, der aus Berlin stammt, erklärte, daß er das Geld in Berlin gekauft habe. Kieselstein wurde verhaftet, als er den Abdruck nach Kjöfjör bestiegen wollte. In seinem Besitze fand man 10.000 dänische Kronen. Sommerstein hatte 65 Millionen österreichische Kronen in tschechisches Geld umgewechselt und das Geld in einem Koffer mit doppeltem Boden nach Kopenhagen gebracht.

**Errichtung eines Krematoriums in Wiffen.** Die Piffener Blätter berichten, daß vor kurzem unter dem Vorsitz des tschechisch-sozialdemokratischen Bürgermeisters Ludwig Pif die Schlußberatungen über das Projekt der Errichtung eines Krematoriums stattfanden. Nach eingehender Debatte wurde die Errichtung eines in jeder Hinsicht entsprechenden Krematoriums, verbunden mit einem Kolumbarium, hinter den Anlagen der Legionäre nächst Bory beschlossen. Der Piffener Stadtrat wird wegen finanzieller Beihilfe mit dem Verein „Krematorium“ in Verhandlungen treten. Mit dem Bau soll schon im Frühjahr 1923 begonnen werden.

**Die Verfolgung eines Millionenbetrügers.** Von den Budweiser Behörden wird seit nahezu zwei Jahren der Schloffer Josef Halladel wegen mehrfachen Diebstählen und Betrügereien verfolgt. Nun ist man in Wien einem Hochstapler auf die Spur gekommen, der unter den verschiedenartigsten Namen Millionen diebstähle und Betrugschwindelen betrieben hat. Bisher sind nur vereinzelte Straftaten bekannt geworden, da die Geschädigten aus Scham sich weigern, die Anzeige zu erstatten. So entlodte die

Beitrag unter dem Namen eines Grafen einer Beamten zwei Brillantringe im Werte von zweieinhalb Millionen, unter dem Namen eines Ingenieurs einer Perlsteinen im Werte von 2 Millionen und seinem Wohnungsgeber, bei welchem er unter falschem Namen gewohnt hatte, Kleider und Schmuck im Werte von mehr als 20 Millionen. An der Hand von Lichtbildern wurde nun durch die Wiener Polizei festgestellt, daß dieser Hochstapler mit dem Schloffer Josef Galladel identisch ist und man hofft, des Gesuchten bald habhaft zu werden.

Zwei liebe Nachbarn. Wie die Blätter aus dem Haag melden, will sich der ehemalige König Konstantin in der Villa Wechsberger in der Nähe von Doorn dauernd niederlassen.

Uberschwemmung in Ungarn. In der Nacht zum Sonntag wüthete im Gebiete des Ungarischen Raues ein äußerst heftiger Wind und Wolkenbruch. Der Fluß Ung ist aus den Ufern getreten, wodurch zahlreiche Brücken niedergerissen wurden. Einige Gemeinden, darunter Dubrinic, und ein Teil von Ungar sterben unter Wasser. Das Wasser hat Sonntag vormittags den Höhepunkt erreicht und sinkt langsam. Der Schaden ist sehr beträchtlich und läßt sich bisher nicht beziffern.

Gepolte Herabsetzung der Jüdischen Preise. Der Enquete, die in der nächsten Zeit wegen Festsetzung der neuen Preise für jüdischen einberufen wird, wird das Ernährungsministerium den Preis von 30 Heller für eine Schachtel vorschlagen.

Brand einer Sportplatztribüne in Prag-Russe. Auf der Tribüne des Fußballplatzes des „Studentenklub R.“ in Prag-Russe brach Sonntag nacht ein Brand aus, der binnen kurzem die ganze Tribüne, das Restaurationsgebäude und die Klubsräume einäscherte. Verletzungen erlitt niemand. Der Schaden ist durch Versicherungen gedeckt.

In einen Brunnen gefallen. In Prag-Poleskowitz fiel der Feuerwehrmann Josef Chaloupka in einen zehn Meter tiefen Brunnen. Er konnte heil herausgezogen werden, bevor noch die verständigste Feuerwehr erschien.

Zusammenstoß eines Lastautos mit einer Lokomotive. Am Samstag um 7 Uhr früh stieß in der Nähe des Bahnhofes Maria-Rathsch ein der Romenitzgeleise in Liquid gehöriges Lastautomobil, das mit etwa 1000 Ziegeln beladen und außer dem Chauffeur von vier Arbeiterinnen besetzt war, infolge dichten Nebels an der Uebergangsstelle zwischen Fabrik und Bahnhof mit einer Perschublokomotive zusammen. Das Auto wurde etwa 40 Meter weit geschleift, völlig zertrümmert und durch eine Explosion des Benzindämpfers in Brand gesetzt. Sämtliche Insassen des Autos wurden sehr schwer verletzt.

### Telegramme.

#### Beschlüsse des österreichischen sozialdemokratischen Parteirates.

Wien, 6. November (Eigenbericht). Der sozialdemokratische Parteirat tagte gestern im sozialdemokratischen Verbandslokal im Parlamente. Zuerst teilte Seid mit, daß bisher 100 Volkversammlungen stattgefunden haben, in denen gegen den Genfer Vertrag protestiert wurde. Außerdem wurde in Wien in einigen anderen Bezirken ein Flugblatt in einer Auflage von mehr als 700.000 Exemplaren verbreitet. Nach einer ausführlichen Debatte wurde folgender Beschluß gefaßt: Der Parteirat nimmt die Berichte des Parteivorstandes und des sozialdemokratischen Abgeordnetenverbandes zur Kenntnis. Er billigt die Erklärung, die der Verband im Finanzausschuß am 27. Oktober abgegeben hat und stellt fest, daß die Regierungsvorlage den Forderungen dieser Erklärung keine Rechnung trägt, sondern daß sie infolge der vollständigen Kapitulation der Regierung vor dem Diktator Agrarier eine noch viel gefährlichere Bedrohung unserer Volkswirtschaft darstellt, als der erste Entwurf. Der Charakter der unter dem Diktator der Agrarier vorgenommenen Änderungen offenbart sich 1. in dem ungeheuerlichen Plan der Wiederherstellung der Wucherischen Agrarzölle, 2. in der Verteilung der Steuerlasten, durch welche die Agrarier begünstigt werden, während nicht nur die städtischen Verbraucher schweren Verbrauchsteuern unterworfen werden, welche die Regierung eigenmächtig vermehren können, sondern auch die Industrie durch schwere Abgaben unerträglich belastet, und damit die Industrie krisis und die Arbeitslosigkeit verschärft würde, 3. in der Abgabenteilung auf die Länder, welche die Städte- und Industriegebiete zu gunsten der agrarischen Länder schamlos benachteiligt.

Der Parteirat beauftragt daher den sozialdemokratischen Verband, in den parlamentarischen Verhandlungen die schon in der Erklärung vom 27. Oktober erhobenen Forderungen in energischsten Kampfe zu verteidigen und die in der Regierungsvorlage enthaltenen agrarischen Ansprüche mit unbegrenzter Entschlossenheit abzuwehren. Zugleich fordert der Parteirat die organisierte Arbeiterkraft auf, den 12. November, den Gedentag der Revolution, zu einem Tage großer Massenunruhen zu gestalten für die Unabhängigkeit der Republik, gegen die Wiederherstellung des agrarischen Zöllners und gegen die Diktatur der Großgrundbesitzer und Großbauern.

#### Selbstproklamation der österreichischen Nationalen.

Wien, 6. November. (Tsch. P.-B.) Heute fand eine zahlreich besuchte Versammlung der Großdeutschen statt, in der Präsident Dinghofer und Vizelfanzler Frank über das Genfer Übereinkommen sprachen. Es wurde eine Resolution angenommen, worin die Versammlung dem Großkanzler, den übrigen großdeut-

schon Parteiministern sowie dem Abgeordnetenverbande und der Parteileitung Dank und Vertrauen ausspricht. Die Versammlung betrachtet die Durchführung des Genfer Abkommens in diesem Augenblicke als einziges Mittel zur Verhütung des Zusammenbruchs des Reiches Österreichs.

#### Gewerkschaftskämpfe in Deutschland.

Berlin, 6. November. (Eigenbericht.) Die am Sonntag von den Bergarbeiterorganisationen veranstaltete Lohnkonferenz hat den Schiedsspruch des Reichswirtschaftsministeriums einstimmig abgelehnt. In einer Entschlieung wird eine den Feuerungsverhältnissen entsprechende Lohnhöhung gefordert. Die Frage der Prämien soll erst erledigt werden, wenn die Umstellung der Wirtschaft in der von den Organisationen geforderten gemeinwirtschaftlichen Richtung eingeleitet ist.

Berlin, 6. November. (Eigenbericht.) Der Gesamtverband des Angestelltenverbandes fordert in einer Entschlieung die Regierung und den Reichstag dringend auf, Maßnahmen gegen die rasende Geldentwertung zu treffen. Mit Besorgnis stellt der Verbandsvorstand fest, daß die Vorschläge der Gewerkschaften bisher unberücksichtigt geblieben sind. Mit Entschiedenheit wird die Forderung nach Aufhebung des Achtstundentages zurückgewiesen.

#### Die Wahlen in Polen.

##### Große Erfolge der Nationaldemokraten und der P. P. S.

Warschau, 6. November. Nach dem bisherigen Struktium sind die Wahlergebnisse in den wichtigsten Städten folgende: In Warschau errangen die Nationaldemokraten mit 167.862 Stimmen den größten Erfolg. An zweiter Stelle steht die polnische sozialistische Partei mit 83.842. Die Liste der nationalen Minoritäten erlangte 60.126, die kommunistische 26.345. In Krakau erhielten die Nationaldemokraten 27.517, die Sozialisten 19.264, die Jüdischnationalen 16.884. Es wurden in Krakau gewählt: 2 Nationaldemokraten (an erster Stelle Korfañh), 1 Sozialist und 1 Jude. In Bemberg erzielte die nationaldemokratische Liste den größten Erfolg mit 33.485 Stimmen. Die Sozialisten erhielten 14.134, die Kommunisten 428. In Przemyśl erhielten die Nationaldemokraten 4319, die Sozialisten 4151, die Kommunisten 565 Stimmen. In Polnisch-Tscheschan erhielten die Nationaldemokraten 1186, die nationalen Minoritäten 1897, die Sozialisten 339 Stimmen. In Bielitz die Sozialisten 1146, die nationalen Minoritäten 4.785.

Warschau, 6. November. Nach den offiziellen Wahlergebnissen in Warschau erhielten: Die Nationaldemokraten mit General Haller und Głominski an der Spitze 7 Mandate, die polnische sozialistische Partei mit dem Führer Barlicki an der Spitze 3 Mandate, der Block der nationalen Minoritäten mit dem bekannten Abgeordneten Grünbaum an der Spitze 2 Mandate. Die Kommunisten erhielten 1 Mandat, die jüdische Volkspartei 1 Mandat.

#### „Brechtigkeit“ Mussolinis.

Mailand, 5. November. (Tsch. P.-B.) „Stampa“ erklärt in Fortsetzung der Kampagne für die Brechtigkeit, daß bisher die Mailänder Blätter „Giustizia“ und „Lavoro“ eingestrichelt, der Gemeiner „Ordine Nuovo“ von der Polizei besetzt, das römische Organ „Nittis“ „Paese“ von nationalistischen Abteilungen besetzt ist und zwei in Venedig erscheinende Blätter der Volkspartei von Faschisten besetzt und herausgegeben werden. Die „Stampa“ appelliert an die Solidarität aller Journalisten. Dem „Corriere d'Italia“ zufolge ordnete Mussolini an, daß die Faschisten das der Volkspartei gehörende Veroneser Blatt „Corriere del Matino“ zurückstellen, doch wollen die dortigen Faschisten, wie verlautet, dem Befehle nicht Folge leisten.

#### Katolisch-Mordbrenner.

Rom, 4. November (Sabas). Einer Meldung der „Tribuna“ zufolge haben die Faschisten die Arbeitskammer in Brescia in Brand gesetzt.

#### Komplimente zw'chen Belgrad und Rom.

Belgrad, 6. November. Der hiesige italienische Geschäftsträger Sumonte besuchte gestern mittags den Minister des Äußeren Rincis und überreichte ihm ein von Ministerpräsidenten Mussolini erhaltenes Telegramm, in welchem dieser den Geschäftsträger beauftragt, dem Minister Rincis seinen Gruß zu übermitteln und ihn gleichzeitig zu versichern, daß sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in der Richtung herzlicher Freundschaft festigen werden. Minister Rincis beauftragte sofort auf telegraphischem Wege den Gesandten in Rom Antonovic, dem Ministerpräsidenten seinen Gruß und Dank auszudrücken und ihn gleichzeitig zu versichern, daß er in Rincis einen aufrichtigen Mitarbeiter an der Festigung einer herzlichen Freundschaft zwischen den beiden Staaten finden werde.

#### Widerstand des Sultans gegen seine Ablegung.

Paris, 5. November. (Sabas.) Wie die Blätter aus Konstantinopel melden, weigert sich der Sultan, die Berechtigung der Entschlieung Angoras anzuerkennen, durch welche er des Thrones für verlustig erklärt wird.

#### Neue Forderungen Rhemals.

Angora, 5. November. (Sabas.) Die Regierung von Angora hat den Alliierten eine Note übergeben, in welcher die sofortige Beseidigung der militärischen interalliierten Besetzung Konstantinopels gefordert wird. Türkische Gendarmen soll in die neutrale Zone eingebracht sein.

#### Abweisung der Forderungen durch die Entente.

London, 6. November (Reuter). In einer in der englischen Botschaft abgehaltenen Sitzung der Generale der Alliierten wurde die Forderung Angoras nach Räumung Konstantinopels seitens der alliierten Truppen erörtert. Heute abends wird dem Vertreter Angoras in Konstantinopel die Antwort, welche in kategorischer Weise die Forderung Angoras zurückweist, überreicht werden.

Die „Times“ bezeichnen die Beseidigung des Sultans als einen gewagten Schritt. Es werde der Gedanke der ottomanischen Souveränität vom Kalifat getrennt und die Idee des Kalifats in der Luft hängen lassen, so daß der Staat die Beute jeder internationalen und politischen Kampfes werden kann. Diese revolutionäre Tat wird zweifellos in der mohammedanischen Welt eine Krise hervorrufen, über die wir vielleicht später mehr hören werden. Das augenblickliche Ergebnis ist aber, daß es den Rhemalisten gelungen ist, eine der Hauptbestimmungen des Waffenstillstandes von Mudania zu umgehen und daß sie offenbar allem Anscheine nach eine offene Verletzung der übrigen Bestimmungen planen. Die Alliierten stehen vor einer neuen Provokation. Sie sollten daher vor dem Zusammentritt der Friedenskonferenz eine neue Grundlage für ihre Haltung gegenüber der Türkei finden.

#### Unruhen in Konstantinopel.

London, 6. November (Sabas). In Konstantinopel kam es zu stürmischen Kundgebungen. Die Polizei mußte einer großen Menge von Manifestanten das Ueberdrehen der nach Pera führenden Brücke verwehren. Bei dem Zusammenstoß sollen sechs Personen ums Leben gekommen sein. Rhemalistische Gendarmen haben Bergaz und zahlreiche andere Dörfer der neutralen Zone besetzt. „Daily Express“ zufolge mußte die englische Militärpolizei Schüsse auf die Manifestanten abgeben.

#### Rußland und die Lausanner Konferenz.

Moskau, 6. November. Auf die Aufforderung der Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Italiens zur Beteiligung an den Beratungen der Meerengenfrage auf der Lausanner Konferenz antwortete der russische Telegraphenagentur zufolge das Außenkommissariat in einer Note vom 2. November, daß die russische Regierung dem keinesfalls zustimmen könne, daß Rußland nicht zu allen Arbeiten der Konferenz zugelassen werde. Die russische Regierung glaube an der Konferenz teilnehmen zu müssen, und zwar besonders, um sich für die volle Wiederherstellung der Souveränität der Türkei einzusetzen als Vorbedingung für eine stabile Regierung im Nahen Osten, an der Rußland unmittelbar interessiert sei. Sie besteht kategorisch auf der vollen und uneingeschränkten Teilnahme Rußlands, der Ukraine und Georgiens an der Konferenz, und zwar mit denselben Rechten, wie die übrigen Konferenzteilnehmer und sie ersucht um baldige Antwort.

#### Kleine Chronik.

##### 90 Bergarbeiter verschüttet.

Paris, 6. November. (Sabas). In einer Kohlengrube von Kelly (Pennsylvanien) hat sich eine furchtbare Explosion ereignet, durch welche 90 Arbeiter verschüttet wurden.

##### Ueberfall auf das Postamt in Dublin.

Dublin, 6. November. (Sabas.) 40 bewaffnete Männer drangen in das Dubliner Postamt ein und steckten es in Brand. Das Gebäude wurde durch den Brand vollkommen zerstört.

Millionendiebstahl in einem preussischen Sanitätsdepot. Der Schuttpolizei ist es gelungen, umfangreiche Diebstahl anzubekunden, die im Königsberger Sanitätsdepot des ersten Armeekorps begangen worden sind. Drei in diesem jetzt aufgelösten Sanitätsdepot Angestellte haben Morphium, Kofain und ärztliche Bestände im Werte von etwa 20 Millionen Mark gestohlen. Nach einer Hausdurchsuchung wurden etwa 10.000 ärztliche Morphiumspritzen gefunden. Der Verkauf dieser wertvollen Ware beschätzte einen Schiebetreue von 27 Personen. Dem plötzlichen Eingreifen der Schuttpolizei ist es zu danken, daß die beabsichtigte Verbringung dieser Waren ins Ausland verhindert werden konnte. Bisher wurden neunzehn Verhaftungen vorgenommen.

Furchtbare Uberschwemmung in Neapel. Eine furchtbare Uberschwemmung suchte Neapel heim und verursachte den Einsturz vieler Häuser. Bei Santa Maria di Nevo stürzte eine Mauer ein und begab zahlreiche Feuerwehrleute und einige Zivilpersonen unter sich. Acht Feuerwehrleute und zwei Zivilpersonen wurden getötet. Zahlreiche Verletzte mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Bombenanschlag in Radom. Blättermeldungen aus Radom zufolge wurde in die Redaktion des „Radomske Słowo“ von unbekannten Tätern eine Bombe geworfen. Die Druckerei ist vollständig vernichtet. Der Bombenanschlag ist wahrscheinlich die Folge einer Wahlagitation.

#### Eine gründliche Abfuhr der Kommunisten und Gelben.

Die Spalter der sozialistischen Arbeiterbewegung und die Streikbrechergarde des Bürgerturns, Kommunisten und Gelbe, haben sich bekanntlich vor kurzem an sozialdemokratische Bezirksorganisationen mit der Aufforderung gewendet, mit ihnen zusammen unter der Parole der Einheitsfront des Proletariats Aktionsausschüsse zu bilden. Die sozialdemokratische Arbeiterkraft hat es selbstverständlich abgelehnt, mit den Schädigern des Sozialismus eine Einheitsfront zu bilden. Wie die Arbeiter in unseren Reihen über diese sozialdemokratische Zumutung denken, kommt am besten in der Abfuhr zum Ausdruck, welche die sozialdemokratische Arbeiterkraft von Komotau den Kommunisten und Gelben zuteil werden ließ.

Am Freitag abends fand in Komotau eine Plenarversammlung der Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften statt, in der die Genossen Stadler und Pallaut über die mit den Vertretern der kommunistischen Bezirksorganisation Komotau geführten Verhandlungen über die „Einheitsfront“ und die zu bildenden „Aktionsausschüsse“ berichteten. Sämtliche Debatteure äußerten sich in abweichendem Sinne und die Versammlung nahm einstimmig eine Entschlieung an, aus deren Inhalt wir folgendes wiedergeben:

Die sozialdemokratische Bewegung war seit ihren ersten Anfängen bestrebt, alle Ausgeborenen und Entrechteten unter dem Banner des revolutionären Sozialismus zu scharren und diesem heiligen Ziele haben die unfähigen Leiden und Opfer ihrer Vorläufer, die unerhörten Anstrengungen aller ihrer Bekenner gekostet. Die Sozialdemokratie hat schon vor dem Kriege mit aller Kraft die Abspaltungsvorläufer der gelben Streikbrecher-Organisationen bekämpft, planmäßig die Proletariermassen dem Einfluß der bürgerlichen Parteien entzogen, in dem nachhaltigen Bestreben, sie politisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich zu machtvollen geschlossenen Kampfeinheiten zu formieren. Die deutsche Sozialdemokratie dieses Landes hat mit schier übermenschlichen Anstrengungen den in der Nachkriegszeit auslaufenden kommunistischen Spaltungswahn zu bannen verfuht.

Die versammelten Vertrauensmänner erklären, daß auf Grund dieser klaren Tatsachen die sozialdemokratische Bewegung bis zum heutigen Tage und für alle Zukunft mit voller Berechtigung den stolzen Titel eines Pioniers der proletarischen Einigung beanspruchen kann. Sie konstatieren, daß die berufsmäßigen Spalter und Zerpflechter der sozialistischen Reihen zu allererst das Recht haben, den Sozialdemokraten Belehrungen oder Vorhaltungen wegen der Einheitsfront zu machen.

Was die von der kommunistischen Partei beantragten Aktionsausschüsse anbelangt, so lehnen sie eine Beteiligung daran ab, weil deren Wesen und Aufbau sie nicht als Werkzeug des Klassenkampfes, sondern als ein Mittel zur Täuschung und Irreführung der Arbeiterkraft erkennen läßt. Die Aktionsausschüsse sollen gemäß dem kommunistischen Vorschlage von allen Arbeitern gewählt werden, sie sollen Funktionen in den Betrieben übernehmen und ein Verfügungsrecht über die proletarischen Parteien und Gewerkschaften erhalten. Deshalb ist eine Teilnahme der sozialdemokratischen Arbeiterkraft unmöglich, denn die Durchführung dieser Vorschläge läuft praktisch — wie aus den Erfahrungen anderer Bezirke hervorgeht — auf ein offenes Bündnis mit den Todfeinden des Sozialismus, mit den Deutschgelben und Merikalen hinaus. Die Durchführung dieser Vorschläge hieße die erprobten proletarischen Kampfeorganisationen unter das Kommando von gelben und merikalen Unternehmern stellen, ein Zusammengehen mit diesen tausendfach erprobten Wabroreuren des Klassenkampfes bedeutet für uns Sozialdemokraten die Verleugnung der ruhmvollen Vergangenheit, die Preisgabe der Zukunft, den Verrat an allen großen Grundfragen, für die wir seit Jahrzehnten gekämpft haben. Deshalb weisen wir die Zumutung, an einer solchen Einheitsfront gegen den Sozialismus teilzunehmen, mit Verachtung zurück und überlassen es den Kommunisten, solcherart politischen Selbstmord zu begehen.

Die versammelten Vertrauensmänner sind sich einig in der Erkenntnis, daß irgend welche oberflächlich zusammengewürfelte Ausschüsse an der tatsächlichen Lage des Proletariats gar nichts zum Besseren werden könnten, weil es im Klassenkampfe nicht ankommt auf die Zahl der zufälligen Mitläufer, sondern auf die in festen Organisationen zusammengefaßte Kraft der Klassenbewußten Arbeiter. Nicht die Bildung neuer von keiner Verantwortung belasteter Instanzen, sondern die Stärkung und Festigung der bestehenden Kampfeorganisationen, insbesondere der Gewerkschaften, die Unterstützung der gewählten Betriebsräte durch die Belegschaften der Betriebe ist die Forderung der Stunde.

Sowohl die Sorge und das Schicksal der Arbeitslosen als Vorwand für die Bildung der Aktionsausschüsse mißbraucht wird, sei hiemit ausdrücklich festgestellt, daß die sozialdemokratische Partei im Verein mit den freien Gewerkschaften auf diesem Gebiete ihrer Pflicht bis zur Grenze des Möglichen nachkommen ist, während diejenigen Parteien zuzufügen, die sich als bestenfalls Anwälte der Arbeitslosen ausgeben.

Die Plenarversammlung bekräftigt neuerdings den Wunsch der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkraft, daß Partei und Gewerkschaften alles aufbieten sollen, um die gesamte Arbeiterklasse dieses Staates zu gemeinsamen Kämpfen und gemeinsamen Siegen zusammenzuführen. Hier

erklärt sie aber das Haupthindernis nicht in der... Trennung von den Kommunisten, sondern in der tiefen Kluft zwischen Regierungspolitik und Oppositionspolitik...

Erst dann, wenn die tschechische Arbeiterschaft aus ihren tragischen Irrtümern, denen sie nach dem Umsturz erlag erwacht ist, erst dann, wenn die tschechische Arbeiterbewegung, die sich heute noch im Stadium der fortschreitenden Zerschlagung und Zersplitterung befindet, gesunder, erst dann, wenn die große Mehrheit des Proletariats die Irrlehren des Moskauer Putschismus geistig überwunden hat, dann ist die Zeit gekommen für eine wahrhaftige proletarische Einheitsfront...

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**  
**Beendigung des Bergarbeiterstreiks im Falkenauer Revier.**

**Tepliz, 6. November.** (Eigenbericht.) Dem Beschluß der letzten Revierkonferenz gemäß haben die Bergarbeiter im Falkenauer Revier am 30. Oktober die Arbeit niedergelegt, nachdem die Verhandlungen am 25. Oktober in Falkenau durch das unangenehme Verhalten der Grubenbesitzer zerschlagen worden sind. Am 2. und 3. November fanden im Ministerium für öffentliche Arbeiten in Prag neuerdings Verhandlungen statt, an denen sich die koalitierten Bergarbeiterverbände, die Vertreter der Falkenauer Grubenbesitzer und die Vertreter der Falkenauer Bergarbeiter beteiligten. Die Verhandlungen wurden am 3. November abgeschlossen und es wurde eine Vereinbarung getroffen, die der Genehmigung der Betriebsrätekonferenz des Falkenauer Reviers bedurfte. Am 5. November fand in Falkenau die Betriebsrätekonferenz statt. Nach einem Berichte des Genossen Bohal über die Verhandlungen und nach einer lebhaften Debatte, an der sich 16 Repräsentanten, wurde in namentlicher Abstimmung mit 137 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen, also einstimmig beschlossen, daß die am 3. November in Prag abgeschlossene Vereinbarung anzunehmen sei und daß die Arbeit am Dienstag, den 7. November, wieder aufgenommen wird. Der Arbeiterschaft wird empfohlen, sich diesem Beschlusse der Betriebsrätekonferenz nicht zu widersetzen. Die getroffenen Vereinbarungen treten rückwirkend mit 16. Oktober in Kraft und die Differenzbeträge werden bis spätestens 21. November nachgezahlt werden.

**Der Lohnvertrag im nordwestböhmisches Revier.**

**Ablehnung durch die Arbeiter.**

**Tepliz, 6. November.** (Eigenbericht.) Montag, den 6. November fand in Priz eine Sitzung der koalitierten Bergarbeiterverbände statt, in der das Ergebnis der Abstimmung über den provisorischen Lohnvertrag festgestellt wurde. Es stimmten ab im Reviere Komotau bei einer Belegschaft von 3942 Mann und 13 Schächten 593 für, 2512 dagegen, bei 837 Stimmenthaltungen. Im Reviere Brüx, 57 Schächte, 28.397 Mann Belegschaft, stimmten 2971 für, 17.061 gegen, bei 3365 Stimmenthaltungen. Im Reviere Tepliz, 34 Schächte, 5424 Mann Belegschaft stimmten 1537 für, 2950 gegen, bei 937 Stimmenthaltungen. Insgesamt haben also auf 104 Schächten mit 32.763 Mann Belegschaft 5101 für, 22.523 dagegen gestimmt, bei 5139 Stimmenthaltungen. Die Beteiligung an der Abstimmung betrug 27.924, also 85 Prozent, dafür stimmten 19 Prozent, während 81 Prozent gegen die Annahme des provisorischen Lohnvertrages stimmten. Die koalitierten Verbände haben dieses Ergebnis der Unternehmerorganisation bekanntgegeben und ihr gleichzeitige Mitteilung, daß am 9. November eine Betriebsräteobmannenkonferenz stattfindet, die über Grundlagen für neue Verhandlungen beraten wird. Da der alte Lohnvertrag bis zum 8. November gilt, besteht somit die Gefahr, daß mit 9. November ein vertragsloser Zustand eintritt. Wer das Wesen des vertragslosen Zustandes in den Kohlengruben kennt, weiß, daß dieser für den Betrieb der Gruben äußerst gefährlich ist, nachdem es auf einzelnen Gruben schon zu Sonderaktionen der Bergarbeiter gekommen ist. Diese Teilstreiks der Arbeiterschaft, so verständlich sie bei den heutigen Arbeitsbedingungen sind, müssen auf alle Fälle verhindert werden, da sie der Arbeiterschaft nichts nützen können.

**Loyalitätsbegriffe.**

Wir haben kürzlich darüber berichtet, wie die Genossenschaftsbewegung Georgiens unter dem kommunistisch-russischen Regime leidet. Zur Unternehmung der Lage der georgischen und russischen Genossenschaftsbewegung hat der internationale Genossenschaftsbund eine Delegation nach Rußland und Georgien entsendet und deren Bericht in einer Anfang Oktober in Offen stattgefundenen Sitzung des Ausschusses entgegengenommen. Gegen diesen Bericht hat der russische Centrosopus, das ist die oberste Instanz der über das ganze russische Reich sich erstreckenden Konsumgenossenschaften,

**Abzug der Deutschen von der Arbeitskonferenz.**

Das amtliche Presbüro hat wohlweislich die folgende Nachricht aus Genf unterschlagen:

**Genf, 3. November.** (Wolff.) Die Behandlung der Frage der deutschen Sprache als dritte Amtssprache auf der Arbeitskonferenz fand in der heutigen Sitzung einen aufregenden Abschluß. Kurz vor Beginn der Nachmittagsdebatte verlangte der deutsche Arbeitnehmervertreter, der gewesene Reichsminister Wissel, das Wort zur Geschäftsordnung und erklärte nachdrücklich, daß ein Gefühl tiefster Erbitterung und tiefsten Schmerzes die Herzen von Millionen Arbeitern ergreifen werde, wenn er ihnen erzählen werde, daß es ihrem Vertreter hier nicht möglich war, ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen. Diese mit großer Eindringlichkeit und tiefer innerer Erregung gesprochenen Worte machten auf die Teilnehmer sowie auf den Präsidenten der Konferenz einen sichtbar starken Eindruck, der sich in Beifallsklatschen äußerte. Wissel lehrte an seinen Platz zurück, um die französische Uebersetzung seiner Rede abzuwarten. Dann erhob sich die gesamte deutsche Abordnung, bestehend aus den Arbeitnehmervertretern, den Arbeitgebervertretern, den Regierungsvertretern und den Beiräten, und verließ den Saal. Nachdem die deutsche Abordnung den Saal verlassen hatte, ergriff Präsident Burnham das Wort und erklärte, es sei in der Tat richtig, daß er Wissel versprochen habe, ihm das Wort in der Sprachenfrage zu geben, aber die Konferenz sei nun einmal souverän in ihrer Entscheidung. Die schweizerischen Regierungsvertreter hatten bereits am Mittwoch die Konferenz mit der Erklärung verlassen, daß in Bern wichtigere Arbeit zu leisten sei.

es unter anderem, die Behauptungen, daß die Genossenschaften und Gewerkschaften in Rußland bei der Ausübung ihrer Berufstätigkeit von den Behörden verfolgt werden, seien eine Erfindung der politischen Gegner der Sowjetregierung. „Im Gegenteil“, so heißt es wörtlich, „die Genossenschaften in Rußland sowie auch in Georgien, die sich der Sowjetregierung gegenüber loyal verhalten, wurden von den Behörden und von der kommunistischen Partei auf das dringendste ersucht, den aktivsten Teil in dem Wiederaufbau ihres Landes zu nehmen...“ Wir wissen aus der Praxis, daß bisher immer herrschende kapitalistische Staaten ihre Gewaltspolitik gegenüber anderen Nationen mit deren angeblichen Loyalität zu rechtfertigen suchten. Recht merkwürdig dünkt es uns, daß sich auf dieser Linie Lenin und Kramarj treffen...

**Abschluß der Lohnabbaubewegung in der Instrumentenindustrie in Graslitz.**

Die Unternehmer dieser Industrie hatten ihren Arbeitern mitgeteilt, daß ab 21. Oktober ein 30prozentiger Lohnabbau in Kraft tritt. Auf eine diesbezügliche Intervention des internationalen Metallarbeiterverbandes wurde erklärt, daß sie infolge der jetzigen Verhältnisse Verhandlungen und einen neuerlichen Vertragsabschluss ablehnen. Auf Grund einer Intervention der politischen Bezirksverwaltung in Graslitz fanden nun zwischen den beiden Organisationen Verhandlungen im Deutschen Hauptverband der Industrie in Karlsbad statt. Da jedoch die Unternehmer nur für drei Wochen die 30 Prozent auf 25 Prozent ermäßigen wollten, so verließen die Verhandlungen resultatlos. Auf Grund eines Beschlusses einer Versammlung der Instrumentenmacher wurde die politische Bezirksbehörde nochmals um Intervention ersucht und eine neuerliche Verhandlung bei der politischen Bezirksverwaltung anberaumt. Diefelbe wurde unter dem Vorsitz des Bezirkshauptmannes von den beiden Organisationen geführt und es wurde eine diesbezügliche Vereinbarung erzielt. Die Löhne der Instrumentenmacher werden ab 21. Oktober um 20 Prozent reduziert und am 11. November um weitere 5 Prozent, so daß von diesem Tage an ein 25prozentiger Lohnabbau besteht. Die Beträge, welche bisher mehr abgezogen wurden, sind bei der nächsten Lohnzahlung zurückzuerstatten. Diese Vereinbarung kann jeweilig am 1. und 15. eines jeden Monats gekündigt werden, jedoch nicht vor dem 1. Dezember 1922, so daß also diese vereinbarten Löhne bis 15. Dezember 1922 unverändert bleiben müssen. Aus diesen Vorfällen ist klar zu erkennen, daß die gewerkschaftliche Organisation nicht nur für die Zeit des Lohnaufbaues eine Notwendigkeit war, sondern auch für die Zeit des Lohnabbaues eine Einrichtung darstellt, welche für die Arbeiterschaft unentbehrlich ist.

**Lohnabbau in den staatlichen Kohlengruben in der Slowakei.**

In den letzten Tagen fanden in Prag Verhandlungen über die Löhne in den staatlichen Berg- und Hüttenbetrieben in der Slowakei statt. Es wurde eine Einigung dahingehend erzielt, daß vom 1. November ein Abbau von 15 Prozent und ab 1. Dezember ein weiterer von sieben Prozent eintritt. Ebenso wurden die Ueberstundenentlohnung sowie die Löhne an Sonn- und Feiertagen herabgesetzt.

**Die Ostmarer Kohle um ein Drittel billiger.**

Der „Cas“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Arbeitsminister S r b a. Was die Preise der Ostmarer Kohle anbelangt, so werden diese um ein Drittel herabgesetzt. Von jeder ermäßigten Krone entfallen 35 Heller auf das Sinken der Arbeiterlöhne und 65 Heller auf die Herabsetzung der Gewinne der Kohlengruben. (?) Auch der Preis des K o l f e s wurde um 82 Prozent ermäßigt. Die Ermäßigung des Kohlenpreises ist die Folge der Lösung des Konfliktes zwischen der Arbeiterschaft und den Grubenbesitzern. Der

Die Prager Offiziosen wußten gar wohl, warum sie es taten. In dem Vorgang liegt nämlich eine scharfe Verteilung des tschechischen Regierungsvertreters Dr. Eugen S t e r n, der es in allslawischem Chauvinismus hintertrieb, daß das Deutsche neben dem Französischen und Englischen als dritte Amtssprache des Arbeitsamtes eingeführt werde, obwohl von 25 Millionen organisierter Arbeiter acht sich der deutschen Sprache ständig, eine weitere große Zahl sich ihrer als internationaler Vermittlungssprache bedienen. Joubert, Thomas und der südslawische Delegierte Aft, Engländer und Schweden waren entschieden für das Deutsche eingetreten, trotzdem lehnten Arbeitgeber- und Regierungsvertreter mit 14 gegen 12 Arbeiterstimmen den Antrag ab. Auch in einer vermittelnden und abschwächenden Form drang er nicht durch. Die Antwort darauf war der Abzug der Deutschen. Nicht er, sondern die sympathische Teilnahme der Versammlung für die Abziehenden stellt den Dr. Stern gebührend bloß. Die tschechischen Nationalpolitiker werden eben gefühlsmäßig von jedem internationalen Forum preisgegeben, das nicht unter dem Kommando der Ententehauptlinge steht: auf dem Genfer Völkerbundtag konnte sich Herr Benesch, den man als Handlanger wohl zu schätzen weiß, behaupten; die Prager und Buda- pester Versammlungen der Völkerbundigen aber und jetzt die aufrechten Mitglieder des Arbeitsamtes schieben die tschechischen Chauvinisten gebührend von sich ab. Die Prager Offiziosen wußten gar wohl, weshalb sie den blamablen Bericht unterschlugen...

**Generalstreik in Arab.**

Die rumänische Stadt Arab ist in der letzten Zeit der Schauplatz schwerer sozialer Kämpfe. Nun ist daselbst der Generalstreik ausgebrochen. Die Ursache ist folgende: Anfang Oktober ist der Kollektivvertrag, der zwischen Metallfabrikanten und Metallarbeiterverband bestand, abgelassen. In der Folge kam es in den Maschinenwerken in Arab zu Konflikten und zu einem Streik, an dem einige Tausend Arbeiter beteiligt waren. Die Regierung benützte den Anlaß, da es sich um eine Waggonfabrik handelt, um die Militarisierung der Werke zu beschließen. Inzwischen wurde die Arbeit wieder aufgenommen, in der Erwartung, daß doch Verhandlungen geführt werden. Die Verhandlungen scheiterten, da einerseits die erfolgte Militarisierung Verhandlungen erschwerte, andererseits man den Arbeitern die Affordarbeit aufzwingen wollte. Die Regierung verbreitete nun, daß dem Konflikt politische Momente zugrunde liegen, angeblich Pläne der ungarischen Freudenta, was natürlich ein Unsinn ist. Es werden jedoch viele ungarische Arbeiter ausgewiesen, andere arretiert. Der Vorgang in den Maschinenwerken hat auch den anderen Fabrikanten Mut gemacht und so wollen auch sie die Affordarbeit einführen. Die Arbeiter lehnten das ab. Die Verhandlungen scheiterten und so legten etwa 30.000 Arbeiter die Arbeit nieder. Während sie früher nur die Aufrechterhaltung der alten Bedingungen verlangten, fordern sie jetzt eine Lohnerhöhung von 50 Prozent.

**Grasnuhenverkauf.**

Wie die Kleinpächter um ihre Kaufrechte auf Wiesenteile durch eine unter dem Deckmantel des „Grasnuhenverkaufes“ begangene Rechtsverdrängung gebracht wurden, sagt folgender Vordruck: Der landwirtschaftliche Verein von Gängerhof hat die von seinen Mitgliedern seit unendlichen Zeiten bewirtschafteten Kleinpächtereile, auf Grund des Kleinpächtergesetzes angesprochen. Das Bezirksgericht Pestschau hat die Kaufansprüche verwerfen in der Annahme, es liege nicht Kleinpächtereile, sondern Grasnuhenverkauf vor, abgewiesen. Gegen diesen Abweisungsbefehl hat der Gemeindefunktionär von Gängerhof den Rekurs beim Kreisgericht in Eger eingebracht. Das Kreisgericht in Eger hat den Rekurs behandelt und sich dem erstinstanzlichen Urteil angeschlossen. Die Gängerhofer wandten sich nun an unser Parteisekretariat Pestschau, welches für die Gängerhofer den Rekurs erhob. Diesem Rekurs wurde stattgegeben und die Sache an das Gericht erster Instanz mit dem Auftrag verwiesen, nach Durchforschung weiterer Erhebungen neuerlich zu entscheiden. Die Aufzählung der Gründe gipfelt wie folgt: Wenn auch in den Pachtverträgen als alljährliche Pachtdauer nur die Zeit vom 1. Mai bis 1. November angeführt ist, kann dies der rechtlichen Natur des Pachtvertrages keinen Abbruch tun; denn die Benutzungsdauer bezieht sich ja eben auf die ganze Zeit, innerhalb welcher dieses Grundstück seiner natürlichen Bestimmung zufolge einen Nutzen abwirft. Diese Entscheidung setzt in dem einen Fall 56 Kleinpächter in ihre neuerlichen Kaufansprüche. In dem andern Falle viele tausende Kleinpächter durch die irrtümliche richterliche Auffassung der Erstgerichte zugunsten des Großgrundbesitzes um ihre Kaufansprüche bereubt. Was die sozialdemokratische Partei zugunsten der Häusler und Kleinbauern in dieser Sache geleistet hat, ist bedeutend. Durch das Parteisekretariat Pestschau, durch den Genossen Förster allein, wurden 1079 Grundansforderungen laut Kleinpächtergesetz und 921 Anforderungen der „S“ und „M“ Aktion durchgeführt. Durch unsere Parlamentarier und den Verband der deutschen Häusler und Kleinbauern ist wiederholt in der Sache gefordert worden zum Wohle der Kleinbesteller Stellung genommen worden, was der Bund der Landwirte, als ausgie-

**Devienkurse.**  
**Die tschechische Krone notiert**

Table with exchange rates for Prague and Zurich. Columns include location (Prag, Wien, Zürich), currency type (Schw. Frank, Mark, österr. Kr.), and values.

**Prager Kurse.**

Table with exchange rates for Prague. Columns include currency type (Gold, Wa), and values for various currencies like 100 holl. Gulden, 100 schwed. Frank, etc.

**Züricher Schlusskurse.**

Table with exchange rates for Zurich. Columns include location (Berlin, Wien, Prag, Holland, New York, London) and values.

**Gerichtssaal.**

**Ein Verleumdung des Abg. Joh. Sedivy gerichtet.**

Prag, 6. November. Heute fand vor Strafsenate des Prager Landesgerichtes unter Vorsitz des O. G. S y l o r a die der Öffentlichkeit bekannte Bestechungssache Sedivy Johanis ihr vorläufiges Ende. Der Abgeordnete Sedivy hat bekanntlich das Gericht verberbt. Die Man Stimmten gegen das Apothekergesetz wollte, den Löwenanteil bekommen sollte. Johanis klagte Sedivy wegen Ehrenbeleidigung. 22. Mai wurde Sedivy vom Smichowitzer Bezirke zu fünf Tagen Arrest oder 500 Krone Strafe verurteilt. Heute hatte sich Sedivy Uebertretung der öffentlichen Ruhe und nach § 305 und wegen Uebertretung des § 1 des Gesetzes vom 13. August 1921, begangen. Bestechungsversuch an dem Abg. Johanis zu Wort. Der Gerichtshof verurteilte Sedivy zu Wochen bedingten Arrest. Der Staatsanwalt wegen Verurteilung ein, der Verteidiger t e l wegen der Verurteilung. Bei der Verurteilung waren als Zeugen Abg. Johanis und der Abg. Sedivy erschienen.

**Kartenspiel, Trunkenheit und Totschlag.**

Prag, 6. November. Die Familie des P e l e s t a in Sobesky hat in den letzten schweren Tage durchgemacht. In einer elenden wohnen sie alle gemeinsam, die Eltern und erwachsene Kinder. Und dabei hatte sich die Kasse in dieser Bohnhöhle eingemischt und ihre gierigen Fingernägel nach allen aus. P e l e s t a, der die Stütze der Familie sein sollte, hat seit Jahren aus Gram über sein Elend Trunksucht und Kartenspiel ergraben und sank immer tiefer hinunter. Hatte er dann keine Bohnhöhle oder durch die Achse gejagt, so schrie er in der Bohnhöhle und verprügelte sein Weib und So ging es Jahre lang. P e l e s t a war bald rosig und gewalttätiger Mensch im Dorfe. Ein jeder ging ihm gerne aus dem Wege und das eigene Weib war froh, wenn er seiner nachging und nicht zuhause war. Da starb die Frau am 8. September d. J. die eine Tochter Lungentuberkulose. P e l e s t a, der sich in der Zeit etwas Wähigung anerkennen hatte, tobte damals an der Leiche seines Kindes und wieder ins Wirtshaus. Spielte und trank Nacht hinein und verlor seinen ganzen Woblen. Sein Weib, das sich am Nachmittage ausgeborgt hatte, um ihr Kind begraben zu lassen, wartete daheim voll banger Sorge auf die ihres Gatten. Er kam auch gegen früh, voll. Er schlug sofort Wirt und verlangte die Leiche seines Weib für das Begräbnis der Tochter dem Gemeindevater erbetelt hatte. Sie mußte schließlich das Geld geben, denn sonst hätte sie zu Tode geprügelt. Als am nächsten Tage der wieder in das Gasthaus ging nahm die ihre Kinder und schlachtete zu ihm. Josef P e l e s t a. P e l e s t a verfiel wieder ganzes Geld und kam daher in Jorneestimmung. Als er seine Frau nicht zuhause vorfand, er sofort zum Schwager hinüber und wollte seinen Wohnung einbringen. Brana stellte sich gegen, es kam zu einer Rauferei, bei der sein Schwager mit einem Messer am linken Arm schwer verletzte. Die entsetzten Verwandten trugen den Wundenden ins Haus und wollte Arzt laufen. Doch P e l e s t a verlegte die Tür, jeden umzubringen, der sich hinauswagen. Frau des Brana mußte über das Dach zum Nachbarhaus klettern, um einen Arzt holen zu lassen. Doch bevor dieser kam, war Brana tot. Er an Verblutung. — Heute stand P e l e s t a vor Prager Geschworenen, angeklagt wegen Totschlag, öffentlicher Gewalttätigkeit und Verschädigung des Eigentums. Der Angeklagte verteidigte sich durch Trunkenheit und Aufregung. Unter dem Eindruck der ausgezeichneten Anklage des Staatsanwaltes Dr. Ponka bejahten die Geschworenen die Schuldfrage einstimmig. Der Gerichtshof — Vorsitz O. G. S y l o r a — verurteilte den Angeklagten zu 3 Jahren schweren, verschärften Arrest. Er sei ein Weib, das sich gewiegert hatte, gegen einen Mann anzukommen, hat bei der Urteilverkündung mit einem furchtbaren Ausschrei zusammengebrochen. In Zukunft verliere er die Freiheit, wenn er nicht dem furchtbaren Mann durch die Gefangen-

Streiflichter.

Der Schuster Josef Kofel aus Pebram traf am 7. August auf dem Hauptplatz seiner Vaterstadt die Mutter des Ladislav Trojan, mit der er in Unfrieden lebte. Die alte Frau Trojan war auch sein Unschuldengel und bald regierte es von Schimpfwörtern gegen den Schustermeister. Doch ließ sich Kofel zuerst nicht aus der Ruhe bringen und ging zum Gemeinbewirtshaus, während die schimpfende Alte allein stehen blieb. Doch vor dem Gasthause traf er Ladislav Trojan selbst. Beim Anblick des Sohnes jener Frau, die ihn und seine Schwestern beschimpft hatte, stieg Kofel das Blut zum Kopfe und er begann auf Trojan loszugehen. Ein Messer blühte in seiner Hand, der Mantel und der Anzug Trojans glüht bald einem Lumpen. Auch einen Stich in die rechte Hand bekam der Angegriffene. Endlich ließ die Polizeiwache herbei, um den Rasenden festzunehmen. Doch dieser wandte sich gegen die Hüter der Ordnung und mußte mit Gewalt weggezogen werden. Auf der Wachtube noch benahm er sich äußerst renitent und beschimpfte die Polizisten. — Der wilde Schuster hatte sich nun wegen öffentlicher Gewalttätigkeit, leichter Körperverletzung und Verhöhnung vor einem Straffenat in Prag zu verantworten. Der Richter verurteilte ihn zu fünf Monaten schweren Arrest.

Ein Straffenat unter dem Vorsteh des ODBA. Hellriegel verurteilte gestern das bekannte Prager Mann-Weib Marie Blach wegen Vergehen nach § 129 — Unzucht wider die Natur — zu fünf Monaten Arrest.

13 Monate Arrest erhielt der Geschäftreisende Josef Mikowec aus Prag, der sich im Laufe der letzten Monate eine ganze Reihe von Veruntreuungen, Betrügereien und Diebstählen in Prag, Radno und anderen Orten hatte zuschulden kommen lassen.

Nach einem alten Aberglauben soll Hundfleisch ein Heilmittel gegen verschiedene Krankheiten sein. Viele Leute glauben an dieses Wundermittel, wir wollen sie Hundfleisch nicht essen, weil es zu — wild ist. Doch Geschmäcker sind verschieden. Der Einwohner Zikowich aus einem Prager Vorort behauptet wenigstens vor dem Richter, daß er noch nie im Leben so gut gegessen habe, wie damals, als er den Hund verzehrte, der seinem Nachbarn gehörte. Gut war er angeblich der Hund, aber das mit dem Heilmittel sei nicht ganz wahr, erzählte Zikowich auf eine Frage des Richters. Das Urteil lautete auf fünf Tage Arrest bedingt.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, den 7.: „Die Walküre“ (Gastspiel Bohnen); Mittwoch, den 8.: „Die Hugenotten“ (Gastspiel Krauß-Ruß); Donnerstag, den 9.: „Frau Lohengrin“ (mit Verbejir); die Schiller-Feier mußte verschoben werden; Freitag, den 10.: „Martha“ (Gastspiel Krauß-Ruß); Samstag, den 11.: „Der Barbier von Bagdad“; Sonntag, den 12.: nachmittags „Die schöne Helena“, abends „Die Bajadere“.

Kleine Bühne. Heute, den 7.: „Frau Lohengrin“ (Gastspiel Verbejir); Mittwoch, den 8.: „Frau Lohengrin“ (mit Verbejir); Freitag, den 10.: „Lebende Stunden“; Samstag, den 11.: „Wouwan“; Sonntag, den 12.: nachmittags „Der Werwolf“, abends „Papa“.

Anlaufkonzerte in Prag. Die Konzerte des tschechischen philharmonischen Orchesters finden am 5. und 6. Dezember in Wien im großen Musikvereinssaale und im großen Konzerthaus statt. Am ersten Abend wird Zmetanas Zylus symphonischer Dichtungen unter dem Gesamttitel „Ma Blat“, am zweiten Abend „Abrael“, Symphonie dichtung von Josef Suk zur Aufführung in Wien gebracht werden. — Das Programm der am 19. und 20. Februar 1923 in Prag stattfindenden zwei Konzerte des Wiener Symphonieorchesters wird später bekanntgegeben werden.

Literatur.

„Als meine Jugend mir zurück“, Roman von Theodor Thomas (Berlin, Vorwärts-Verlag). Thomas hat das Licht- und freudlose Leben eines Großstadtjungen zum Inhalt seiner schweren Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft genommen, die die ärmsten Opfer des proletarischen Not, die Jugend, leiblich und seelisch verkommen läßt, und ihr oftmals unbarmherzig nur einen Ausweg läßt: das Verbrechen. In der Fleischhusterfamilie, zu deren zahlreichen Sprossen Karl Radom, ein geistig reger, gut veranlagter, aber roh geschlagener und gewalttätiger Junge gehört, herrscht Not und Elend und so ist in jeder Stube des Armeleutenhauses liefern Hunger, geistige Verflämmerung, Unmoral und Verbrechen Stoff zu Konflikten und Tragödien. In dieser Umgebung wird der vernachlässigte und gemarterte kleine Romanheld zum Spitzhuhn und zum Verbrecher. Wie tausende seinesgleichen, würde auch er seiner Klasse und der Gesellschaft für immer verlorengehen, fände sich nicht als Retter in höchster seelischer Not ein Arbeiter, der ein von tiefer, sozialer Erkenntnis durchdrungener Parteiensinn und ein gültiges, liebevolles Herz ist. Er führt den Entgleisten auf die rechte Bahn zurück. — Die größten Vorzüge dieses Romans, dessen Lektüre insbesondere unseren Jungen und Jüngsten zu empfehlen ist, sind der tiefe Einblick des Verfassers in das Seelenleben aller Entschickten und seine padenden, geradezu dramatischen Schilderungen der Verhältnisse und Konflikte in den durch Leid zusammengeschweißten Familien einer großstädtischen Arbeitermietenkaserne. Der Stil ist etwas unbeholfen, oft aber bringt uns gerade eine sprachliche Härte die Härte der schweren Anklagen doppelt zu Bewußtsein. Das Buch gehört auf den Weihnachtstisch der Arbeiterfamilie und möge aus den Händen der jungen Puschken und Mädels in die ihrer Eltern zurückwandern.

Egon Erwin Kisch: „Soldat im Prager Korps.“ (Prag, Andreische Buchhandlung.) Es entbehrt nicht des pikanten Reizes, daß unmittelbar nach Wilhelm II., dem Obersten Kriegsherrn der Deutschen Armee, der seine Kriegserlebnisse der aufstrebenden Welt kundtat, der l. u. l. Korporal Egon Erwin Kisch der österreichisch-ungarischen Armee mit seinen Memoiren zum Vortritt kommt. Wenn nach Einsteins Relativitätstheorie die Maße mit dem Standpunkte des Beobachters wechseln, so hat unweifelhaft Wilhelm II. von seiner stolzen Höhe den Krieg anders sehen müssen, als Korporal Kisch. Den Dreck und Schmutz und das Blut, den Hunger und die Entbehrungen, die Kisch erlebte, sah Wilhelm nicht und so ist die Wiedergabe der ersten Monate des österreichischen Feldzuges in Serbien, die wir Kisch verdanken, der Art der gemeinen Manne. Es ist ein österreichischer Henry Barbusse, der da durch Kisch redet: zwar sein pathetischer Ankläger des Krieges und des Militarismus wie jener, doch auch ohne Tendenz der Anklage wird das, was wir mit Kisch auf seinen Kreuz- und Quergängen, hin und her über die Sove und die Drina erleben und schauen, zur flammenden Anklage gegen die unfähige l. u. l. Generalität, die aus dem „Spaziergange nach Serbien“ einen Leidensweg machte, wie er grauenhafter nicht gedacht werden kann. Und dies alles schildert uns Kisch heineke im Plauderton und vielleicht gerade darum so eindringlich, der Absicht nach bloß Kriegsbildung, wird das Schriftchen durch dieses schlichte Kunstmittel ein wertvoller Beitrag. Kisch arbeitet nicht mit der falschen l. u. l. Sentimentalität, wie sie etwa die blutberauschte Alice Schalec oder Gaughofer verzapfen, und die Schieber und Rassehausstrategen im Hinterlande zur Begeisterung aufzupulvern, sondern er erzählt uns die Wahrheit über die Kämpfe des Prager Korps in Serbien, und weil er es flott und frisch tut, kann sein Wächlein auch unseren Gefinnungsgegnen empfohlen werden.

Der Film.

Dr. Mabuse. Samstag abends wurde in der Filmbohrer der von Berlin schon lange angekündigte Abenteuerfilm „Dr. Mabuse, der Spieler“ vorgeführt. Dem Film ist der bekannte gleichnamige Roman von Robert Jacques zugrunde gelegt, was ein höheres literarisches Niveau und sorgfältiger psychologischer Aufbau verbürgt. Hier ist man endlich auf den richtigen Standpunkt gelangt, daß ein Stoff, der eine gewisse Phantastik mit realen Begebenheiten und Szenarien in Verbindung setzt, den Möglichkeiten der Kinodarstellung das geeignetste Feld bietet. Und in dieser Beziehung dürfte — das sei gleich vorausgeschickt — der Mabusefilm das Belandeste repräsentieren, was bisher geleistet worden ist. Fritz Lang, ein ungewöhnlich geistvoller Regisseur, löst in diesem Film das an und für sich schmerz Problem, den überlegenen Hypnotiseur und die seelischen Vorgänge seiner Opfer vorzuführen, in meisterhafter Weise: lebendig und eindrucksvoll, und doch auf allzu grelle Effekte vornehm verzichtend. Durch die äußerst sorgfältige Inszenierung und durch ingeniose Einfälle, die die Kinochnik überraschend ausnützen, zwingt er die Einbildungskraft des Zuschauers zur regsten Mitarbeit. Die Bilder sind in ihrer bunten Vielfalt immer überzeugend, aus der Situation heraus gestellt, im Stil des Films und nicht nach üblichen Bühnenschemata. Wenn z. B. die Geister der Opfer Mabuses erscheinen, so macht die Bewegungskunstigkeit der fünf schwarzgekleideten Gestalten im Gegenatz zu dem im Delirium rasenden Mabuse einen wahrhaft gespenstischen Eindruck. Die Regie arbeitet mit einem gewissen Expressionismus, der im gegebenen Falle selbst vor leichter Karikatur nicht zurückdreht, um den gewollten Effekt zu erzielen. Technisch bringt der Film Neues und ganz Hervorragendes, so z. B. die Aufnahmen nächstlicher Straßenschilder und interner Internieurs. Zahlreiche Einzelheiten fesseln die Aufmerksamkeit in hohem Grade, wie der immer größer werdende und auf den Zuschauer zukommende Kopf des Dr. Mabuse oder die dem Auto vorausfliegende Flammenschrift, psychologisch eine sehr feine Beobachtung, u. v. a. Die Darstellung hält sich mit Glück auf der Höhe des Ganzen. Der Darsteller des Helben, Klein-Rogge, entspricht vortrefflich den ungeheuer komplizierten Anforderungen in Maske und Gebärde. Besonders seine Leistungen bieten Gertrud Keller als Gräfin Zold, auch Gedde Rissen als Tänzerin Carozza. Ebenso gut beobachtet als dargestellt sind die Figuren des willenlosen Spoerri (Forster-Larrinaga) des Georg und Bensch (Hans Schletow und Georg Jahn).

Aus der Partei.

Bezirksfrauenkomitee Prag. Donnerstag, den 9. November 1922 findet im Restaurant „Goldenes Kreuz“ eine Frauenversammlung statt, in welcher Abgeordneter Genosse Dr. Polischer referieren wird.

Turnen und Sport.

Sparta gegen Slavia 2-2 (1-1). Pokalfinale. Kampf zweier gleichwertiger Gegner, der den Rückgang der ehemaligen hohen Form des tschechischen Fußballes offenkundig dokumentierte. Die Tschechen haben das wichtigste Plus ihrer Spielweise, das sie jedem Gegner gefährlich machte, nämlich den rasanten Lauf und das wahnsinnige Tempo, verloren und technisch nicht so viel zugerufen, daß sie das Tempo durch fabelhafte Kombination ersetzen konnten. Die beiden Tore der zweiten Hälfte fielen aus Penalties. Es wird zehn Minuten nachgespielt, worauf der Schiedsrichter, der übrigens etwas unsicher war, wegen Hereinbrechen der Dunkelheit das Spiel abpfeifen mußte. Die fälligen zehn Minuten müssen noch nachgespielt werden. Besuch: Rekordzuschauermenge in Prag: 30.000 Personen.

Sonstige Resultate vom Sonntag. Radno: SK. Kozelshav gegen Viktoria Zikow 1-0! — Brunn: B. SK. gegen Moravská Slavia 2-2, Grader Kralove gegen Zidenice 6-1, Maffabi gegen Amateure 4-0. — Wien: Rapid gegen Admira 1-0, Amateure gegen Dofach 1-0, Sportklub gegen Rudolfsbühl 1-1, Hertha gegen Vienna 2-1, WAF. gegen Simmering 0-0, Wader gegen WAC. 0-0. Im Treffen Rapid gegen Admira bei Admira Eigentor. — Nürnberg: Spielvereinigung Fürth gegen 1. FC. Nürnberg 1-0! 30.000 Zuschauer. Tor aus Penalty. Fürth spielt am 19. d. M. in Prag gegen Slavia.

Mitteilungen ans dem Publikum.

W. STANEK TEE PRAG

Veranogebet: Dr. Ludwig Tsch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Solik.

Advertisement for 'CITY' raglan. Includes an illustration of a woman in a long coat and hat. Text: „CITY“ der neuartige feinste englische RAGLAN in Taille geschuldet, mit Samtkragen von Kc 550.— Die beliebte FACON CITY ist auch als Winterrock erhältlich. STRANSKY, Prag, Hybernska.

Advertisement for Lato Milk-Schokolade. Text: Lato die beste Milch-Schokolade besorgt den Konsum-Vereinen die G. E. C.

Advertisement for Bibliotheken. Text: für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Copyright 1922 by Der Malik-Verlag, Berlin-Halensee.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (9) Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

Einige der Worte des Propheten werden Ihnen seltsam erscheinen: wenn Sie aber studieren, werden sie sehen, daß Sie alles haben, was er aufzählt: die Feste, die Spangen, die Ketten, die Armspangen, die Hauben, die Plätter, die Gebräme, die Schürlein, die Ohrspangen, die Ringe, die Haarbänder, die Fiestkleider, die Mäntel, die Schleier, die Beutel, die Spiegel, die Koller, die Borten, die Ueberwürfe. Während Zimmermann diese Liste herauf, schweifete sein Auge über Mary Magnas wundervolle Toilette. Sie stand ihm gegenüber, die herausfordernde, lebensfrühende Gestalt, die wir als „Alcopatra“, als „Zubarry“ als „Anna Boleyn“ und noch eine Unzahl berühmter Königinnen und Kurisänen kennen. Auch im Alltagsleben wirkt sie verblüffend, sie ist eine schöne Brünnette, trägt an sich alle Farben, die es gibt — strebt sie die Straße entlang, so glaubt man eine Prozession mit Fahnen zu schauen. Ich könnte wetten, daß sie, ihre Juwelen abgerechnet, von denen ich nicht weiß, ob sie echt oder falsch sind, an jenem Nachmittage für etliche fünfzehnhundert Dollars Wert an sich trägt: einen großen schwarzen Hut, auf dessen einer Seite sich ein Blumengarten befand, während auf der anderen ein ganzer Vogelbauer seine Nester entleert hatte und — aber wozu Jesajas Liste wiederholen.

„Wo sind die Spiegel?“ fragte Rosythe, auf den Scherz eingehend.

„Nun, Mary,“ meinte ich, um meinen Freund in Schutz zu nehmen, „zeige, was du in deinem Beutel hast.“

„Und die Haarpfängen?“

„Die hat uns doch eben Madame Blanchet gezeigt.“

Mary hatte inzwischen nicht die Augen von Zimmermann genommen. „Sie sind also wirklich einer von diesen religiösen Leuten!“ rief sie, „werden genau wissen, was Sie zu tun haben, ohne jegliche Anleitung. Wie unglücklich!“ Und in diesem günstigsten Moment stieß I. S. die Tür auf und kam ins Zimmer gewatschelt.

12.

Ihr kennt selbstverständlich die Kinosternen, aber vielleicht wißt ihr nichts von den größeren himmlischen Körpern, den dunklen, stummen, unsichtbaren Gestirnen, von denen die schimmernden Sterne ihren Glanz beziehen. Gestattet mir also, euch mit I. S. bekanntzumachen, dessen eigentlichen Namen sich niemand merken kann; ja selbst seine Sekretäre haben ihn über der Schreibmaschine auf einem Stück Papier aufgeschrieben: Tschneckleffritsch. Er kam vor etlichen Jahren aus Rußland oder Rumelien oder Rumänien nach Amerika — aus irgendeinem dieser Länder, wo die Mittalente eine soviel größere Rolle spielen als die Selbstlante. Jene, die ebenso reich sind wie er, nennen ihn Abey, die anderen sagen Herr I. S., was er als einen Teil seiner Amerikanisierung auffaßt.

Er ist kleiner als ich, und da er entbedt hat, daß er nicht in die Höhe zu wachsen vermag, wächst er statt dessen horizontal ins Unermeßliche. Seine Kleider vermögen ihn nie völlig zu

enthalten; sein Fett quillt stets über den Kragen hinaus. Er hat ein gelbliches Gesicht, das sich leicht rot färbt, und kleine glänzende Augen. Sein Englisch ist abschaulich, er hat nicht mehr Kultur als ein behaarter Rinn. Aber er versteht es, Geld zu wittern, und wühlt danach wie ein Schwein im Trog.

„Hallo, ihr alle! Madame, wo ist meine Alte?“

„Sie wird eben angekleidet...“

„Sie soll sich eisen. Ich habe keine Zeit. Ich Jesus Christus!“

„Ja, ganz richtig!“ meinte Mary Magna.

„Oh! Er sucht ein Engagement. Was ist das? Wollt ihr mich zum Narren halten?“ Er warf mißtrauische Blicke von einem zu anderen.

„Nein,“ entgegnete Mary. „Er ist echt. Bei Gott.“

„So, Sie brachten ihn her, um ein Engagement zu finden. Ich mache außerhalb meines Bureaus keine Geschäfte. Er soll morgen früh Lipöth aufsuchen.“

„Er will gar kein Engagement,“ sagte Mary.

„Will keins! Was sucht er dann hier? Hat er sich Dauervollen machen lassen? Hahaha.“

„Hören Sie auf, Abey,“ rief Mary Magna.

„Er ist ein Gentleman, Sie müssen sich anfänglich benehmen. Herr Zimmermann, dies ist Herr I. S.“

„Zimmermann? Nun, Herr Zimmermann, wenn ich mit Ihnen einen Film mache, so muß ich eine Million Dollars darauf verwenden — man kann bei so einem Thema keinen billigen Film machen, sonst wird es kitsch. Man braucht Kostüme, das ist nicht wie bei einem Armenbergräbnis. Ich gebe das ganze Geld aus und dann glaubt ihr Schauspieler, ich verdiene an euch Millionen von Dollars...“

„Genug, Abey,“ unterbrach ihn Mary. „Herr Zimmermann hat doch gar nichts von Ihnen verlangt.“

„Er hat nichts verlangt, he? Das ist also sein Kniff. Nun, wenn er bereit ist, über Geschäfte zu reden, so weiß er ja, wo die „Ewige Stadt“ ist. Was ist denn los, Madame? Ist meine Alte am Esself festgeschmolzen?“

„Ich werde nachsehen, Herr I. S.“ Und Madame hastete aus dem Zimmer.

Mary trat zu dem großen Mann. „Hören Sie, Abey, Sie sind im Begriff, den größten Fehler Ihres Lebens zu begehen. Dieser Mann ist anscheinend noch nicht entbedt worden. Sie wissen, was geschehen wird, sobald er entbedt ist.“

„Woher kommt er?“

„Ich weiß nicht. Billy brachte ihn her. Ich sagte, er müsse aus dem gemalten Fenster der St. Bartholomäuskirche stammen.“

„Doho,“ brummte I. S.

„Jedenfalls ist er etwas Neues und zu gut, um lange Zeit unentbedt zu bleiben. Die Zeitungen werden sich seiner bemächtigen. Schauen Sie ihn doch an.“

„Ja, aber Mary, kann er spielen?“

„Spielen! Du lieber Gott, er braucht doch gar nicht spielen! Er braucht einen bloß ansehen und schon will man ihn zu Füßen fallen. Seien Sie nett zu ihm, finden Sie heraus, wieviel er will.“

Der große Mann betrachtete prüfend, abschätzend die Gestalt des Fremden. Dann trat er zu ihm. „Hören Sie, Herr Zimmermann, ich kann Sie berühmt machen. wurde Ihnen das nicht gefallen?“

„Ich dachte nie daran, berühmt zu werden,“ lautete die Antwort.

(Fortsetzung folgt.)